

FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

FDP-Forum	3	Porträts aus dem Nationalrat	9/10	Nein zur Einheitskasse	15	Unter Freisinnigen	19
FDP Service Public	6	In 80 Tagen um die Welt	12/13	Sessionsbericht	18	Abstimmungen	21/22

35. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

KMU-Preis

Bereits zum neunten Mal verleiht die FDP den KMU-Preis. In diesem Jahr sind Unternehmen gesucht, welche sich als «Start-ups» durch besonders innovative Ideen auf dem Markt zu etablieren versuchen.

Seite 7

Medienqualität hat ihren Preis

Der «Schweizer Freisinn» sprach mit Robert Nef, Stiftungsratspräsident des Liberalen Instituts, über die Veränderungen auf dem Medienmarkt, den gefühlten Verlust der Vielfalt in der Medienlandschaft und darüber, wie die Leserschaft ihr Bewusstsein für Meinungs- und Medienvielfalt schärfen kann.

Seite 11

FDP will eine starke Armee

Braucht die Schweiz eine Wehrpflicht? Braucht die Schweiz neue Kampfjets? Wie viel soll die Armee kosten? Diese Fragen stellten sich in der Frühjahrssession. Für die FDP ist klar: Wir wollen eine starke und leistungsfähige Milizarmee, und wir wollen neue Kampfjets, wenn die entsprechenden Bedingungen erfüllt sind.

Seite 14

Wichtige Abstimmungen

Wie weiter mit dem Wirtschaftsstandort Schweiz?



Um die Aussichten für den Wirtschaftsstandort Schweiz positiv und prosperierend gestalten zu können, braucht es den engagierten Einsatz aller für eine liberale, zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist in einem Europa der Unruhe eine Bastion, die dank liberaler Gesetze und Regulierungen von der herrschenden Krise nur teilweise betroffen ist. Schweizer Unternehmen florieren mehrheitlich und schaffen Arbeitsplätze. Auch für ausländische Firmen ist die Schweiz dadurch ein interessanter Standort.

Doch die Erfolgsgeschichte der Schweiz ist in Gefahr. Die Annahme der Minder-Initiative Anfang März bedeutet einen tiefen Einschnitt in unsere liberale Wirtschaftsordnung.

Und es droht weiteres Ungemach: Initiativen von Links und Rechts greifen das Erfolgsmodell Schweiz an.

Der Ausgang mehrerer Abstimmungen wird darüber entscheiden, ob unserer Wirtschaft und unserem Land Ähnliches droht wie in Europa: steigende Jugendarbeitslosigkeit, hohe Schulden, zu viele Vorschriften statt Wirtschaftsfreiheit, leere Rentenkassen.

Die FDP setzt sich geeint und aus voller Überzeugung gegen diese Bedrohungen ein. Das beginnt mit dem Kampf gegen die Volkswahl des Bundesrates und der Unterstützung der

Revision des Asylgesetzes und wird sich voraussichtlich im Herbst mit der Ablehnung der 1:12-Initiative und der Mindestlohn-Initiative fortsetzen. Aber auch die Abschottungs-Initiativen der SVP oder von Ecopop müssen bekämpft werden. Nur so kann es der Schweiz gelingen, ihren Erfolgsweg auch in stürmischen Zeiten weiter zu gehen. Lesen Sie dazu Berichte zu

- › Einheitskasse Seite 15
- › 1:12-Initiative Seite 17
- › Unter Freisinnigen Seite 19
- › Revision des Asylgesetzes Seite 21
- › Volkswahl Bundesrat Seite 22

Appenzell Ausserrhoden

Paul Signer – Brückenbauer mit Charisma

Im ersten Wahlgang am 3. März hat es knapp nicht gereicht. Für den zweiten Wahlgang vom 7. April ist der Ausserrhoder Regierungsratskandidat Paul Signer zuversichtlich. Der Herisauer Gemeindepräsident und Kantonsrat tritt im entscheidenden Wahlgang gegen Ingeborg Schmid von der SVP an, die versucht, den Sitz für diese Partei zu halten. Die Kandidatur von Paul Signer wird neben der FDP auch von der CVP sowie der Wirtschaft unterstützt.

Im ersten Wahlgang, an dem auch noch ein Grüner Kandidat teilgenommen hatte, lag Paul Signer mit 8105 Stimmen deutlich vor der SVP-Kandidatin mit 5645 Stimmen. In vier von 20 Gemeinden erreichte er auch das notwendige absolute Mehr. Diese Hürde verpasste er leider knapp.

Der 58-jährige Paul Signer ist über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt als eine Persönlichkeit, die sich lösungsorientiert und zielstrebig für die Sache einsetzt. Mit seinen mehr als acht Jahren Exekutiverfahrung in Herisau ist er prädestiniert, in der kantonalen Exekutive mitzuwirken. Paul Signer hat Herisau in den vergangenen



Ein Regierungsratskandidat mit Ausstrahlung: Paul Signer hat gute Aussichten auf eine Wahl am 7. April.

acht Jahren mit seinem pragmatischen Führungsstil aus einer finanziell schwierigen Position hin zu einer nachhaltigen Entwicklung geführt. Die aktuell rege Bautätigkeit ist ein Zeugnis davon. Mit seinen bürgerna-

hen Auftritten hat Paul Signer es zudem verstanden, unterschiedlichste Interessengruppen zusammenzuführen. Ein aussichtsreicher Regierungsratskandidat.

www.paul-signer.ch

Stadt Zürich

Ja zu Marco Camin



Obwohl Marco Camin am 3. März ein sehr gutes Ergebnis bei den Zürcher Stadtratswahlen erzielte, reichte es leider nicht für eine direkte Wahl. Mit viel Elan und Motivation wird der Stadtzürcher bis am 21. April an zahlreichen Veranstaltungen und in diversen Medien präsent sein.

Für die Stadt Zürich entscheidet sich am 21. April, ob der Stadtrat mit einem ultralinken AL-Kandidaten einen heftigen Ruck nach links macht. Damit droht der Wirtschaftsstandort Zürich mit seinen Arbeitsplätzen an die Wand gefahren zu werden. Die Mobilisierung aller bürgerlichen Wählerinnen und Wähler ist daher entscheidend, um Marco Camin zur Wahl zu verhelfen.

Was das Stimmvolk von Marco Camin als Stadtrat erwarten kann, hat er in einem Brief in den Zürcher Medien klar publiziert: dieser ist auf seiner Homepage einsehbar.

www.camin.ch

Bildband

Blick hinter die Kulissen von Bundesbern

Der langjährige Magnum-Fotograf Fred Mayer offeriert mit seinem neuen Bildband «Das Bundeshaus in Bern» einen exklusiven Einblick in das geschichtsträchtige Parlamentsgebäude und den Politbetrieb.

Der Bildband kann online über die Crowdfunding-Plattform «we make it» zu einem reduzierten Preis von 76 Franken bestellt werden (späterer Ladenpreis über 100 Franken).



Ungewohnter Einblick in den politischen Alltag beim Von-Wattenwyl-Gespräch.

<http://wemakeit.ch/projects/bildband-das-bundeshaus-in-bern>



In den Workshops «8-Millionen-Schweiz», «Interne Parteipublikationen» und «Webseiten & Social Media» wurde intensiv diskutiert.



Philipp Müller lauscht aufmerksam den Anregungen aus dem Plenum.

FDP-Forum

Spannender Austausch der Ortsparteien

Am 2. März fand in Bern das zweite FDP-Forum statt. Rund 70 Vertreterinnen und Vertreter aus Ortsparteien nutzten die Gelegenheit des gegenseitigen Austausches und der Diskussion mit der Parteispitze.

Das FDP-Forum bietet den Vertreterinnen und Vertretern der Ortsparteien sowie weiteren interessierten Personen zweimal im Jahr eine wichtige Plattform: in den Workshops tauschen sie innovative Ideen aus und knüpfen neue Kontakte. Ebenso wichtig ist der

Austausch mit der Parteispitze. Die Teilnehmenden sollen die Gelegenheit erhalten, ihre Anliegen und Fragen direkt an Mitglieder des Vorstandes und der Fraktion richten zu können.

Die drei Workshops am Forum vom 2. März in Bern widmeten sich den

Themen «8-Millionen-Schweiz», «Interne Parteipublikationen» und «Webseiten & Social Media». Angeregt wurde diskutiert. Auch im Austausch mit der Parteispitze wurden interessante Themen wie zum Beispiel die

Geschlossenheit der Partei bei strategisch wichtigen Positionen oder die Präsenz von nationalen Parlamentariern bei Ortsparteiveranstaltungen behandelt.



Nationalrat Andrea Caroni (AR) im angeregten Gespräch beim Stehlunch.



Der Austausch mit dem Parteipräsidium stiess bei allen Teilnehmenden auf Interesse.

Förderung junger Politiker

Denkanstösse aus Südafrika

Mit unternehmerischen Führungsmethoden ist es der Democratic Alliance in Südafrika gelungen, sich als eine glaubhafte liberale Zentrumpartei zu etablieren. Ihre Methoden mögen überraschen.

**Eric Roesch, Vorstandsmitglied
FDP International**

Ein Artikel in der «NZZ am Sonntag» zu Beginn dieses Jahres über das «Young Leaders Programme» der Democratic Alliance (DA) in Südafrika hat mich dazu bewogen, einen Monat später in Johannesburg eine Vertreterin der DA zu treffen, um mehr über ihr Programm zur Förderung von jungen Politikern zu erfahren.

Glänzende Aussichten verspielt

Als in den 90er-Jahren die Apartheid endete und die ANC mit der Hilfe von Nelson Mandela zur wichtigsten Partei des Landes avancierte, schienen die Aussichten für das ressourcenreiche Land glänzend.

Mittlerweile besetzt Südafrika jedoch im Korruptionsindex von Transparency International einen der hinteren Ränge. Allein der amtierende Ministerpräsident Jakob Zuma sieht sich mit über 700 Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Damit nicht genug: Gegen Ende letzten Jahres haben gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Minenarbeitern den Arbeitsfrieden massiv beeinträchtigt. Auch um die Meinungsäusserungsfreiheit steht es schlecht. Für schwarze Bürger der selbstproklamierten Regenbogennation ist es fast unmöglich, eine andere Meinung als die des ANC zu vertreten, da physische Gewalt gegenüber Angehörigen oppositioneller Parteien an der Tagesordnung ist.

Alternativer Weg für Südafrika

Unter diesen Bedingungen ist es bemerkenswert, wie es sich die DA zum Ziel gemacht hat, den ANC bis zu den nationalen Wahlen im Jahr 2019 als regierende Partei abzulösen und den Südafrikanern einen alternativen Weg aufzuzeigen. Um dies zu erreichen, hat sich die Partei 2008 neu positioniert und seither systematisch an ihrem



Eric Roesch ist Vorstandsmitglied der FDP. Die Liberalen International. Er kann unter eroesch@gmx.ch kontaktiert werden.

Aufbau gearbeitet. Eine erste Etappe wurde mit dem Wahlsieg in der Provinz Westkap und der Stadt Kapstadt schon erreicht.

Gewählte Politiker als Mitarbeiter behandeln

Im Gegensatz zu anderen Parteien wird die DA wie ein politisches Unternehmen geführt. Derzeit sind rund 300 Mitarbeiter bei der Partei ange-

stellt. Gewählte Politiker bilden eine separate Abteilung. Auch sie werden als Mitarbeiter behandelt, mit denen Jahresziele vereinbart und eine Jahresbeurteilung durchgeführt wird. Damit will die DA sicherstellen, dass die gegenüber dem Wähler versprochene Politik konsequent umgesetzt wird. Von DA-Politikern wird verlangt, dass sie ihr Amt korruptionsfrei ausüben, an Parlamentssitzungen teilnehmen, Bürgertreffen besuchen und sich am Fundraising für die Partei beteiligen. Fehlbare Politiker werden entlassen und müssen ihr Amt einem Ersatzmitglied zur Verfügung stellen.

Eine neue Generation von Politikern

Um eine wählbare Alternative für alle Südafrikaner zu werden, hat die DA auch den Anspruch, den Anteil von schwarzen, farbigen und muslimischen Politikern in der Partei zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund muss auch das DA «Young Leaders Programme» verstanden werden, welches geschaffen wurde, um eine neue und breit abgestützte Generation von Politikern heranzubilden und den Nach-

wuchs der Partei sicherzustellen. Das Programm steht allen Südafrikanern offen. Empfehlungen von Politikern sind explizit nicht erwünscht, um dadurch dem Filz vorzubeugen. Wenn jemand die anspruchsvolle Aufnahmeprozedur besteht, durchläuft er während eines Jahres eine Ausbildung und erhält einen gewählten Politiker als Mentor zur Seite gestellt. Die Mitglieder erhalten eine fundierte Grundausbildung, beispielsweise über den Liberalismus und werden gleichzeitig auch im Schreiben und Halten von Reden ausgebildet.

Ganz besonders werden sie auch auf «good governance», also die ehrliche Amtsführung getrimmt, weil die DA sich in diesem Punkt klar vom ANC abheben möchte und es als stärkstes Argument gegenüber ihren zukünftigen Wählern sieht. Die Jungpolitiker werden aber auch in konkrete Projekte eingebunden. So gelingt es ihnen, erste Kontakte zur Bevölkerung in ihren Wahlkreisen aufzunehmen.

Denkanstösse auch für die Schweiz

Die politische Situation in Südafrika ist mit der Schweiz nicht direkt vergleichbar. Aber auch in unserem Land steigt der Druck auf die persönliche und wirtschaftliche Freiheit und Denkanstösse liefert das Beispiel aus Südafrika allemal.

Eine Partei, welche auch einmal über die Bücher geht, eine neue Generation von Politikern konsequent heranzubilden und Themen mit Systematik bewirtschaftet, kann sich auch in der Schweiz gut vom Mittelmaß abheben.

Die FDP. Die Liberalen International bemüht sich darum, den Austausch mit Gleichgesinnten im In- und Ausland zu fördern, und möchte hierzu mit sporadischen Beiträgen Denkanstösse geben. Für detailliertere Informationen stehe ich gerne bereit und vermittele Kontakte zur DA.



Gruppenfoto DA Young Leaders Class of 2012 mit der Premierministerin der Provinz Western Cape, Helen Zille.

Frauenallianz für die Lohngleichheit

Wie viel ist eine Frau wert?

Die Business & Professional Women BPW, die SGB-, BDP-, SP-, CVP-, FDP-, Grünliberalen und die Grünen Frauen traten gemeinsam zum Equal Pay Day vom 7. März und zum Internationalen Frauentag vom 8. März 2013 auf. Gemeinsam machten wir darauf aufmerksam, dass Frauen immer noch 18,4 Prozent weniger verdienen als Männer. Sie müssen somit bis zum 7. März 2013 arbeiten, um für gleichwertige Arbeit denselben Lohn zu erhalten, den Männer bereits am 31. Dezember 2012 in der Tasche hatten.

Carmen Walker Späh,
Präsidentin FDP Frauen

Eigentlich ist es erschreckend, dass wir im Jahr 2013 immer noch für die Chancengleichheit kämpfen müssen. Nach über 30 Jahren, seit wir den Gleichstellungsartikel in unserer Verfassung verankert haben, sollte ein so massiver Lohnunterschied nicht mehr bestehen. Junge Frauen sind sehr gut ausgebildet, die Tendenz ist sogar, dass Frauen besser ausgebildet sind als die Männer. Und doch verdienen Frauen immer noch massiv weniger, es hat nur gerade 11 Prozent Frauen in den Verwaltungsräten und 5 Prozent in den Chefetagen.

Was läuft hier falsch? Sind Frauen wirklich so viel weniger ehrgeizig als Männer? Können sich Frauen einfach nicht durchsetzen? Als Berufsfrau kann ich diese Vorurteile nicht bestätigen. Denn es gibt sie, die ambitionierten Frauen, die Karriere machen wollen, sich aber mit Hürden herumschlagen müssen, die Männer so nicht haben.

Und den Vorwurf, dass wir Frauen halt einfach besser verhandeln müssen, lasse ich nicht gelten. Sicher müssen wir Frauen selbstbewusster werden und unseren Wert einfordern, aber hierzu braucht es auch eine entsprechende Unternehmenskultur.

Chancengleichheit ist kein Akt der Barmherzigkeit, sondern volkswirtschaftlich notwendig

Wir brauchen dringend flexible Arbeitsmodelle, genügend Krippenplätze, Tagesschulen und keine nicht erklärbaren Lohnunterschiede mehr. Denn die Lohnungleichheiten haben



Um auf das Problem der ungleichen Löhne für Männer und Frauen aufmerksam zu machen, verteilten die FDP Frauen zusammen mit anderen Frauenorganisationen am 7. März rote Einkaufstaschen.

Einfluss auf eine Reihe von Entwicklungen im Erwerbsleben. Der Staat investiert Millionen in die Ausbildung von Frauen. Mehr Frauen als Männer schliessen mittlerweile einen Hochschulabschluss ab. Trotzdem werden sie am Markt weniger gut bezahlt.

Das zieht eine Reihe von Konsequenzen nach sich, die volkswirtschaftlich ineffizient und somit nicht im öffentlichen Interesse sind. Eine konsequente Bekämpfung von Lohnungleichheiten ist deshalb unabdingbar.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir nur gemeinsam mit der Wirtschaft gute Lösungen finden werden. Und ich möchte hier diese Partnerschaft, diesen Dialog wirklich herausstreichen. Wir können Unternehmenskulturen nicht per Gesetz ändern. Wir müssen die Gesellschaft ändern, und das geht nur gemeinsam mit allen Akteuren.

Wie weiter?

Die Abstimmung vom 3. März 2013 war geprägt von einem Wirtschafts-Bashing, das nun weitergezogen wird. Mit der Minder-Initiative erhofft man sich nun, endlich des Problems der Abzocker Herr zu werden. Und mit der 1:12-Initiative will man eine moralische Obergrenze für Löhne setzen.

Als Liberale verfolgen wir einen anderen Ansatz. Die «Bösen» sind nicht die Wirtschaftsvertreter, im Gegenteil – sie sind der Schlüssel, damit wir endlich Lohngleichheit haben. Darum unterstützen die FDP Frauen den Lohngleichheitsdialog, der auf die Sozialpartnerschaft setzt. Wir werden alles daran setzen, dass in der verbleibenden Zeit möglichst viele Unternehmen dieses Projekt unterstützen. Und wir nehmen hierzu die Vertreter der Wirtschaftsverbände auch in die Pflicht, gemeinsam mit uns einen Effort zu machen.

Darum mein Aufruf auf der einen Seite an die Frauen – schaut hin, redet über euren Lohn, fordert mutig euren Wert ein, traut euch etwas zu!

Und mein Aufruf an die Wirtschaft – schafft in den Betrieben ein Klima, in dem Frauen und Männer die gleichen Chancen bekommen und auf Augenhöhe für den Erfolg ihres Unternehmens arbeiten.

Frühling

Die Luft riecht anders, das Licht hat sich verändert, die ersten Knospen spriessen, in der Migros werden Osterhasen verkauft und auf den Gesichtern der Menschen liegt ein Lächeln. Nach all den Tagen des Rückzugs ist wieder Zeit, in das pralle Leben zu treten. Zeit für ein Gedicht.

Aus langem Winter
ohne Bart, schlüpf ich.
Mit einem Beine
noch im kalten Schnee,
hüpf' ich.

Ein feines Wesen
etwas bleich, geh' ich.
Mit einem Beine
noch im grauen Mist,
bin ich.

Lange Beine wünsch ich mir
Schritte weit und breit
Schüttle ab die weisse Last
Löse mich,
und fliege.

Das Viele wächst
mit grosser Kraft, hör' ich.
Aus ganzem Saft
Durch alle Wand,
Ruf' ich.

Lange Beine wünsch ich mir
Schritte weit und breit
Schüttle ab die weisse Macht
Löse mich,
und fliege!



Der Rüstungschef des VBS, Ulrich Appenzeller, bei seinem Auftritt am Fraktionsapéro des Service Public.



Nationalrat Kurt Fluri begrüsst die zahlreichen Anwesenden und leitet den Abend.

Fraktionsapéro

Planungssicherheit in der Rüstungsbeschaffung

Am 12. März begrüßten Nationalrat Kurt Fluri und Beat Schlatter, Präsident der FDP Service Public, zum traditionellen Fraktionsapéro. Rüstungschef Ulrich Appenzeller sprach vor den zahlreichen Gästen über die Rüstungsbeschaffung im Laufe der Zeit.

Beat Schlatter, Präsident FDP Service Public

Der diesjährige Fraktionsapéro war wiederum ein gelungener Anlass, welcher zahlreiche Mitglieder des FDP Service Public wie auch mehrere Bundesparlamentarier ins Restaurant «zum Äusseren Stand» lockte. So durften Kurt Fluri und ich sowohl den Parteipräsidenten Philipp Müller wie auch die Fraktionspräsidentin Gabi Huber in unseren Reihen begrüßen. In der Person des Rüstungschefs Ulrich Appenzeller gelang es uns zudem, einen spannenden und redengewandten Referenten zu verpflichten. Auf unterhaltsame Weise führte er die Anwesenden in die Welt der Rüstungsbeschaffung ein.

Viele Aspekte zu berücksichtigen

Wenn sich die Armasuisse heute um die Beschaffung von Rüstungsgütern bemüht, muss sie nicht nur das vom Parlament gesprochene Budget für die Armee beachten. Vielmehr gilt es auch den aussenpolitischen Kurs der Schweiz und die aktuelle weltpoliti-



Beat Schlatter dankt Ulrich Appenzeller herzlich für sein Referat.

sche Situation zu berücksichtigen. Aspekte, welche das Evaluationsverfahren von neuer Munition, Drohnen usw. beeinflussen. Zusätzliche Sonderwünsche, wie beispielsweise, dass sich ein Produkt bereits im Einsatz bewiesen

haben muss, verkomplizieren die Beschaffung für die Armee zusätzlich.

Sehr lebendig und anhand konkreter Beispiele skizzierte Ulrich Appenzeller die aktuelle Lage der Rüstungsbeschaffung. Für die Anwesenden

besonders interessant waren seine Ausführungen zur historischen Munitionsbeschaffung in der Zeit bis zum Ende des Kalten Krieges. Eine Zeit, in der militärische Gefahren greifbarer und daher der politische wie auch gesellschaftliche Zuspruch für die Armee bedeutend grösser waren. Geld für die Rüstungsbeschaffung war schneller verfügbar als heute.

Monatlicher Stammtisch

Mindestens so wichtig wie das Referat ist uns vom Vorstand des Service Public bei diesem Anlass jeweils auch der unkomplizierte und gemütliche Austausch am Apéro untereinander und mit unseren Bundesparlamentariern.

Dem Aspekt des direkten und traktandenfreien Austausches werden wir auch bei unseren monatlich stattfindenden Stammtischen gerecht. Dort bieten wir Mitgliedern des Service Public wie auch weiteren Interessierten die Möglichkeit des gemeinsamen Mittagessens. Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage.

www.fdp-servicepublic.ch

KMU-Preis der FDP

Auszeichnung besonders innovativer KMU!

KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und haben in der Gesellschaft eine zentrale Bedeutung. Um diese Bedeutung zu würdigen und KMU der Öffentlichkeit näherzubringen, vergibt die FDP alle zwei Jahre ihren KMU-Preis. Wir freuen uns, den Preis dieses Jahr bereits zum neunten Mal vergeben zu können!

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin Baselland

Die FDP weiss um die tragende Rolle der zahlreichen Schweizer KMU in unserer Wirtschaft und um die vielfältigen Leistungen, die sie nicht zuletzt auch für die Gesellschaft erbringen. Die FDP bringt den KMU ihren Respekt und ihre Wertschätzung entgegen, indem sie in erster Linie auf politischer Ebene optimale Rahmenbedingungen für die kleinen und mitt-

leren Unternehmen schaffen und erhalten will.

Neben dieser politischen Arbeit würdigen wir die KMU aber seit 1999 auch durch die Vergabe unseres KMU-Preises. Zusätzlich können wir ihnen damit eine Plattform bieten, sich vorzustellen.

Der KMU-Preis wird Unternehmen verliehen, die in besonderen Bereichen einen sehr innovativen, erfolgreichen oder lobenswerten Leistungsausweis erbracht haben. Die Preisträ-

ger werden von den kantonalen Sektionen bestimmt und dann an der nationalen Delegiertenversammlung durch unsere Bundesräte gewürdigt. In den vergangenen Jahren zeichneten wir so schon KMU aus, die in verschiedensten Richtungen herausragende Arbeit leisten. So beispielsweise im Bereich «wachsende Schweiz», «ethische Verantwortung», «Energieeffizienz und Umweltfragen» und «innerbetriebliche Nachwuchs- und Karriereförderung».

Diese Tradition halten wir gerne aufrecht und werden an der diesjährigen Delegiertenversammlung im August KMU auszeichnen, die sich als «Start-ups» durch besonders innovative Ideen auf dem Markt zu etablieren versuchen.

Die FDP als KMU-freundlichste Partei will damit die unternehmerischen Aktivitäten von jungen Pionieren belohnen und fördern und freut sich schon heute auf vielseitige Preisträger.



Die Gewinner aus dem Jahr 2005 mit alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz.



Bundesrat Johann Schneider-Ammann inmitten der stolzen KMU-Preisträger 2011.



2007 konnte alt Bundesrat Pascal Couchepin den Preis an neun Unternehmungen verleihen.



Hans-Rudolf Merz überreichte 2009 eine Lampe im Design der FDP an einen Gewinner des KMU-Preises.

Janina Misar

Vizepräsidentin Jungliberale Langenthal, Studentin Politikwissenschaft, ledig.

Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Seit ich mich erinnern kann, habe ich Zeitung gelesen. Politik hat mich schon immer interessiert, und ich hatte keine Lust, alles hinzunehmen, sondern wollte aktiv die Politik mitgestalten. Es gab so viele Dinge, die mich interessiert haben, und ich wollte top informiert sein. Durch den Austausch mit anderen Jungfreisinnigen habe ich viel dazu gelernt und gemerkt, dass ich in vielen Punkten die gleichen Ansichten hatte. Es war ein unglaublicher Lernprozess, der mir sehr viel Spass machte. Ich schätzte den Austausch und auch das Gefühl, gemeinsam an einer Sache zu arbeiten. Als ich dann die Möglichkeit erhielt, bei der Kampagne gegen die Buchpreisbindung mitzuwirken, musste ich nicht lange nachdenken. Mittlerweile habe ich hier viele gute Freunde gefunden und kann mir nicht vorstellen, einen Tag lang nicht an Politik zu denken.

Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Die Schweiz mag ein kleines Land sein, jedoch finde ich das für eine direkte Demokratie äusserst vorteilhaft. Ich schätze unser politisches System sehr und bin sehr dankbar dafür. Ich empfinde es immer noch als Privileg, das ich gerne nutze. Ich als Jungpolitikerin habe selber die Möglichkeit, meine Zukunft mitzugestalten und muss nicht darauf hoffen, dass irgend jemand anderes das für mich tun wird.

Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?

Ich habe kein politisches Vorbild, da ich mich nicht an anderen orientieren möchte. Ich bewundere Frauen wie Gabi Huber oder international gesehen Hilary Clinton, die sich im harten Politik-Business durchsetzen. Auch eine Frau wie Margret Thatcher bewundere ich für ihre Standhaftigkeit, der harten Kritik zu trotzen und trotzdem für ihre Werte einzustehen. Diesen Anspruch habe ich auch an mich selber. Aber politisch gesehen möchte ich niemandem nacheifern.



Was erhoffen Sie sich vom Mentoring-Programm?

Ich möchte von der Erfahrung meiner Mentoren profitieren und wünsche mir einen lebhaften Austausch an Ideen. Ich möchte allfällige Fragen und Unsicherheiten mit ihnen klären, sodass ich mich gestärkt und mit viel Energie wieder in die Politik stürzen kann.

Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?

Grundsätzlich ist für mich die grösste Herausforderung in den nächsten Jahren, wie liberal die Schweiz sein wird. Das betrifft jeden Bereich der Politik, sei es die Beziehung zur EU, den Finanzplatz Schweiz, das Gesundheitswesen oder die Sozialwerke. Die Frage, welche Zukunft die Schweiz haben wird, hängt aus meiner Sicht davon ab, wie liberal sie sich weiterentwickeln wird. Ich hoffe, dass die Schweiz sich dort auch weiterhin durchsetzen wird und ihre liberalen Werte nicht aufgibt. Dazu möchte ich mit meinem Engagement auch beitragen.

Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?

Die Freude an der Politik und einen unermüdlichen Durchhaltewillen.

Was ist für Sie typisch FDP?

Eigenverantwortlich denken und handeln.

Giancarlo Weingart

Mitglied der Geschäftsleitung FDP Graubünden, Bauführer Hochbau (Bauingenieur FH), ledig.

Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Bei uns zu Hause wurde immer eine gesunde Diskussionskultur gepflegt und wenn man viel und gerne diskutiert, kommt man früher oder später auch auf politische Themen zu sprechen. Da mich die Zukunft meiner Heimat immer sehr beschäftigt hat, wollte ich mich politisch engagieren.

Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Die Freiheit, mitbestimmen zu können. Die Freiheit, sich kritisch zu äussern und Dinge zu hinterfragen. Die Freiheit, für eine Meinung einzustehen, ohne verhaftet zu werden. Die Vielfalt der Sprachen, der Landschaften, der unterschiedlichen Charaktere. Und die Tatsache, dass in der Schweiz jeder eine ausgezeichnete Ausbildung absolvieren kann.

Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?

Neben vielen Bürgern, die ihre Freizeit investieren, um sich für die Gesellschaft einzusetzen, ist mein grösstes politisches Vorbild der Bündner Ständerat Martin Schmid. Er ist absolut bodenständig und für mich der Inbegriff von einem volksnahen Politiker, der die Sorgen der Bevölkerung kennt, versteht und ernst nimmt. Er behandelt jeden gleich, was bei vielen Politikern leider nicht selbstverständlich ist. Zudem ist er geradlinig und doch vernünftig.

Was erhoffen Sie sich vom Mentoring-Programm?

Ich erhoffe mir, von der politischen aber auch wirtschaftlichen Erfahrung meiner Mentoren profitieren zu können. Sicherlich aber auch interessante Kontakte zu knüpfen und mein Netzwerk zu erweitern.

Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?

Die Schweiz darf nicht träge werden. Es geht der Schweiz zurzeit sehr gut. Das weckt Begehrlichkeiten. Der Ge-



danke, wer viel hat, kann auch viel ausgeben, ist verlockend, jedoch keinesfalls nachhaltig. Besonders in wirtschaftspolitischer Hinsicht dürfen wir uns nicht zurücklehnen, denn die Konkurrenz ist «hungrig».

Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?

Ein guter Politiker muss das Volk vertreten. Dazu muss er die Bevölkerung und ihre Sorgen kennen und sie ernst nehmen. Er muss gut zuhören können und sich in eine ihm fremde Situation hineinversetzen können. Und er muss ein Mass für das Wesentliche haben.

Was ist für Sie typisch FDP?

Vernünftige, pragmatische Sachpolitik aus der sich anwendbare und einfache Lösungen ableiten lassen! Wenn diese Eigenschaften nicht auf die FDP zutreffen würden, wäre sie wohl nicht die älteste Partei der Schweiz.

Der neue Basler in Bern

«Es ist sehr spannend, hier zu sein»

Im November 2012 nahm Daniel Stolz erstmals als Nationalrat in Bern Platz. Nun hat der Basler bereits seine zweite Session hinter sich gebracht. Der «Schweizer Freisinn» begleitete Daniel Stolz ins Bundeshaus.

Daniel Stolz, Sie haben gerade Ihre zweite Session begonnen. Welche Eindrücke treffen Sie in Bern an?

Die Tätigkeit ist sehr spannend, es ist sehr viel los und es stehen – auch für die Schweiz – grosse Herausforderungen an. Daher bin ich froh, dass ich hier dabei sein darf.

Können Sie in Bern Basels spezielle Bedürfnisse einbringen?

Selbstverständlich, das ist schliesslich mein Job und das will ich auch. Natürlich ist dies umso besser möglich, je mehr man vernetzt ist und das ist auch meine aktuelle Aufgabe. So ist es auch möglich, überparteiliche Allianzen für die ganze Region Basel zu bilden.

Ist es als neuer Nationalrat schwierig, im Bundeshaus Kontakte zu knüpfen oder wird man mit offenen Armen empfangen?



«Ich bin stolz und froh, hier zu sein», Daniel Stolz vor seiner neuen Arbeitsstätte.

Man wird meiner Meinung nach mit offenen Armen aufgenommen, auch wenn das noch nicht heisst, dass einem

alle inhaltlich zuhören. Es braucht eine gewisse Zeit, bis man ernst genommen wird. Das war im Grossen

Rat in Basel Stadt aber nicht anders. Ich mache mir darüber keine Sorgen.

Man hört immer, dass es nach den Sessionssitzungen, nach den Debatten viele Apéros gibt. Ist es wirklich so, dass ein Apéro dem nächsten folgt?

Apéros wären ja noch ok, aber es sind die ganzen Essen. Diese sind zwar sehr nett, weil sie einerseits gekoppelt sind mit vielen Informationen und man viel lernt, auch zu Bereichen zu denen man vorher keinen Zugang hatte. Andererseits sind solche Anlässe natürlich spannend zur Vernetzung. Für mich als neues NR-Mitglied innerhalb des Parlaments, aber auch ausserhalb mit den diversen Anspruchsgruppen. Diese Möglichkeit sollte man nutzen, sonst macht man meiner Meinung nach einen Fehler. Man muss einfach aufpassen, dass man nicht zu viel isst und trinkt.



Konzentriertes Arbeiten in der Wandelhalle – möglich dank iPad und W-Lan.



Auf zur nächsten Debatte – Daniel Stolz tritt in den Nationalratssaal ein.



Auch wenn er das Bundeshaus noch nicht so gut kennt wie das Basler Rathaus, fühlt sich Stolz in Bern sehr wohl.

Christa Markwalder

Das Parlament als Orchester

Seit 10 Jahren sitzt die Bernerin Christa Markwalder in der grossen Kammer. Die passionierte Musikerin sprach mit dem «Schweizer Freisinn» über ihr Engagement für Freiwilligenarbeit, das Bundeshaus Orchester und ihren Rat für junge Politikerinnen und Politiker.

Seit 2003 vertreten Sie Jungfreisinnige und FDP. Die Liberalen im Nationalrat. Woher holen Sie nach 10 Jahren Ihre Inspiration für die politische Arbeit?

Meine Motivation ist ungebrochen gross. Ich kann mich gut erinnern, wie ich als 28-Jährige ins Bundeshaus kam. Aus dem Stadtparlament Burgdorf und dem Grossrat im Kanton Bern brachte ich fünf Jahre parlamentarische Erfahrung mit. Ich war sehr gespannt auf die eidgenössische und internationale Politik und hatte grossen Respekt. Nach wie vor werde ich für meine politische Arbeit vielfältig inspiriert. Die grösste Energie gibt mir der Austausch mit Menschen – sei es mit Wählerinnen und Wählern, mit Kommissionskolleginnen und -kollegen oder meinen internationalen Kontakten. Als besonders spannend habe ich mein zweijähriges Präsidium der APK erlebt. Diese Kontakte führe ich im Rahmen von Freundschaftsgruppen weiter. Wenn man Interesse an Menschen, ihren Hintergründen und politischen Zusammenhängen hat, gibt das immer wieder neue Inspiration.

Ein Blick auf Ihre Mandate und Ämter zeigt klar: Freiwilligenarbeit liegt Ihnen sehr am Herzen. Warum?

Ich komme aus einer Familie, in der alle immer Freiwilligenarbeit geleistet haben. Schon meine Grosseltern waren engagiert in Gemeinde und Vereinen, meine Mutter im gemeinnützigen Frauenverein oder sie hat in einer Alterssiedlung vorgelesen. Mein Vater ist bis heute politisch stark engagiert. Menschen, die der Gesellschaft dankbar etwas zurückgeben, sind meine Vorbilder. Zudem ist Freiwilligenarbeit ja nicht blosser Altruismus, sondern sie bereichert einen auch persönlich enorm und erweitert die eigenen Perspektiven.



Christa Markwalder

Musik ist ein wichtiger Teil Ihres Lebens. Sie spielen Cello und setzen sich als Präsidentin des Vereins MUS-E dafür ein, dass Kinder Zugang zu Künsten erhalten. Was bedeutet Ihnen Musik und warum engagieren Sie sich für MUS-E?

Musik ist ein guter Ausgleich zur kopflastigen Arbeit des Nationalratsmandats. Und während der Orchesterprobe gestern Abend dachte ich mir: eigentlich funktioniert ein Orchester

ähnlich wie ein Parlament. Mit einer Parlamentspräsidentin, die dirigiert und koordiniert. Die einzelnen Fraktionen, sprich Stimmregister, die im Parlament von den Fraktionspräsidenten angeführt werden, müssen im Orchester harmonisch zusammenspielen, damit ein schönes Werk entsteht. Diese Harmonie gibt es im Nationalrat ja nicht immer. Musik ist mir seit Kindheit wichtig, und mit meinem Engagement für den Verein MUS-E

Schweiz/Liechtenstein möchte ich ermöglichen, dass Kinder, die sonst nicht unbedingt den Zugang zu Musik oder Kultur haben, diesen in der Schule erhalten, indem sie von Künstlern unterrichtet werden.

Im letzten Jahr wurde die Bundeshaus-Band ins Leben gerufen, bei der Sie auch mitspielen. Spielen politische Gräben in den Proben noch eine Rolle?

Das Überwinden politischer Gräben funktioniert nirgendwo so gut wie in der Musik. Ich habe mit grosser Begeisterung sofort am Projekt teilgenommen, denn ich bin sowieso ein begeisterungsfähiger Mensch und bei guten Projekten gerne dabei. Der erste Auftritt der Bundeshaus-Band hat grossen Spass gemacht, da von allen Parteien musikbegeisterte Menschen mitgemacht haben. Wir hatten ein vielfältig zusammengewürfeltes Orchester plus Chor und wie im Orchesterverein Burgdorf auch hat jeder seine Meinung und seinen Background, aber beim Musizieren steht letztlich nur das gemeinsame musikalische Ziel im Vordergrund.

Sie engagieren sich auch im FDP-Mentoringprogramm für junge Politiker. Was möchten Sie ihnen auf den Weg geben?

Wirklich wichtig ist, dass man die politischen Mechanismen kennenlernen kann. Es geht einerseits ums Handwerk, andererseits ums Netzwerk. Man bekommt Zugang zu Entscheidungsträgern, man merkt, mit welchen Anliegen man wo anklopfen muss, und letztlich soll das Programm auch eine Ermutigung für junge Politikerinnen und Politiker sein. Sie merken, dass man mit Leistung und Einsatz, sowie dem nötigen Glück, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein, politisch Karriere machen kann.

Wo stehen die Medien?

Meinungsvielfalt, Medienvielfalt und Medienqualität

Dank Tablets, Smartphones und Gratiszeitungen scheinen Medien heute omnipräsent zu sein. Gleichzeitig spricht man von einem Verlust der Medienvielfalt. Wie passt das zusammen? Der «Schweizer Freisinn» sprach mit Robert Nef, Stiftungsratspräsident des Liberalen Instituts, über den Wandel in der Schweizer Medienlandschaft.

Herr Nef, heute wird oftmals – gerade von bürgerlicher Seite – kritisiert, die Schweizer Medien seien zu links. Ist diese Kritik gerechtfertigt?

Eine überwiegende Mehrheit der Medienschaffenden misstraut dem Markt, dem Wettbewerb und der Zivilgesell-

gendes Bild: Von 343 Deutschschweizer Befragten gaben 37 Prozent an, dass sie die SP bevorzugen, 22 Prozent die GLP und 16 Prozent die Grünen. Total bevorzugen also 75 Prozent Links-Grün. Das ist im Rahmen der Meinungsäusserungsfreiheit ihr gutes

«Vielfalt entsteht durch unternehmerische Experimentierfreude, durch Lernprozesse und durch Wettbewerb.»

schaft. Wissenschaftlich seriöse Umfragen über die politische Ausrichtung von Medienschaffenden zeigen fol-

Recht, aber es ist auch an der Zeit, dass man auf diesen Verlust der Meinungsvielfalt vermehrt aufmerksam macht und unternehmerisch darauf reagiert.

Einig ist man sich von Links bis Rechts: wir haben heute einen Verlust der Medienvielfalt zu beklagen. Teilen Sie diese Wahrnehmung? Sind unsere Medien tatsächlich mehrheitlich «Mainstream»?

Ja, es gibt diesen Mainstream. Er beschränkt sich nicht auf die Medienschaffenden, sondern auf den ganzen Wissenschafts- und Kultursektor in dem sich eine Mehrheit der Intellektuellen einer wirtschaftsskeptischen Linie verpflichtet fühlt und mehr staatliche Interventionen, mehr Umverteilung und mehr zentralistische Koordination befürwortet. Mit guten Gründen spricht man von einem Kulturkampf zwischen Etatisten und Staats skeptikern, bei dem die Ersteren leider gegenwärtig den Ton angeben.

Worin sehen Sie die Ursachen für diesen Mainstream?

Es gibt keine monokausale Erklärung. Die Gründe sind eher soziologisch und technologisch als parteipolitisch. Sie



«Wir müssen bereit sein, für Qualität den entsprechenden Preis zu zahlen», Robert Nef, Stiftungsratspräsident des Liberalen Instituts.

haben einerseits mit der Ausbildung und dem Selbstverständnis der Medienschaffenden zu tun und andererseits mit einem grundlegenden Wandel in

aussetzungen schaffen, indem man die mediale Einfalt nicht staatlich fördert und vor allem auch im elektronischen Bereich mehr Markt wagt. Vielfalt entsteht durch unternehmerische Experimentierfreude, durch Lernprozesse und durch Wettbewerb.

Worin sehen Sie die Hauptaufgaben von Medien? Haben sie auch eine politische Funktion?

Die Aufgabe der Medien im Dienst der Freiheit und der Wahrheit ist nicht einfach das sprachliche und bildliche Vermitteln von Geschehnissen, das Äussern von Meinungen, das Erzählen von Geschichten und das Zelebrieren von Standpunkten. Es ist vielmehr auch ein Kampf gegen alle Arten von Zwang und von Bevormundung und ein Kampf gegen das, was man als ideologische Verblendung bzw. als Lüge erkannt hat.

Und zu guter Letzt: Welchen Rat geben Sie unseren Lesern als Medienkonsumenten? Wie können wir unser Bewusstsein für Meinungs- und Medienvielfalt schärfen?

Sie dürfen sich nicht alles bieten lassen, müssen aber auch zulassen, dass

«Die Aufgabe der Medien im Dienst der Freiheit und der Wahrheit ist nicht einfach das sprachliche und bildliche Vermitteln von Geschehnissen.»

der Informationstechnologie, die vor allem im Printbereich zur Konzentration zwingt.

Kann man Medienvielfalt denn verordnen, ist sie planbar?

Nein. Man kann aber günstigere Vor-

in dem von ihnen favorisierten Medium auch Meinungen publiziert werden, die der Lesende bzw. Zuhörende bzw. Zuschauende nicht teilt. Zudem muss der Konsument eines guten Printprodukts bereit sein, für mehr Qualität auch mehr zu bezahlen.

Robert Nef, geboren 1942 in St. Gallen, Stiftungsratspräsident des Liberalen Instituts, ist ein profunder Kenner der politischen Ideengeschichte der Schweiz. Während 15 Jahren hat er als Chefredaktor und Mitherausgeber der Schweizer Monatshefte die Entwicklung der Medienlandschaft in der Schweiz beobachtet und immer wieder kritisch kommentiert.

Vor zwei Jahren hat er im Auftrag des Verwaltungsrats der Medien-Vielfalt Holding eine Broschüre zum Thema Meinungsvielfalt, Medienvielfalt und Medienqualität verfasst.

Das Referat von Robert Nef zum Thema «Meinungsvielfalt, Medienvielfalt und Medienqualität» ist auch als Schrift erhältlich bei:

Stiftung Freiheit und Verantwortung, Hintere Bahnhofstr. 8, 8853 Lachen, Tel. 055 442 05 15, E-Mail: info@fuv.ch

Jugendlicher Unternehmergeist

In 80 Tagen um die Welt

In 80 Tagen um die Welt – Carlo Schmid vollbrachte diese fliegerische Hochleistung als 22 Jahre junger Pilot und schaffte es damit ins Guinness-Buch der Rekorde. Das Projekt Round the World (RTW) liefert ein hervorragendes Beispiel für jugendlichen Unternehmergeist: Carlo Schmid und sein Team von jungen Mitarbeitern, die alle unentgeltlich arbeiteten, packten die Planung, Realisierung und Finanzierung mit Leidenschaft selbst an. Eine ganze Reihe namhafter Sponsoren, Partner und privater Gönner liessen sich vom Enthusiasmus des jungen Teams anstecken und unterstützten das visionäre Unternehmen. Ein wichtiger Bestandteil des Projekts war die Sammelaktion zugunsten von UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen.

Was war Ihr schönstes Erlebnis bei Round the World?

Das für mich emotional schönste Erlebnis beim Flug rund um die Welt war die Rückkehr. Dabei wurde ich vom Schweizer Luftwaffe PC7-Team in Formation empfangen. Am Flughafen Dübendorf gab es eine Wasserfontäne von zwei Feuerwehrfahrzeugen als Begrüssung und natürlich das Wiedersehen mit der Familie, dem RTW-Team, Freunden und Bekannten.

Gab es auch schwierige Momente auf dem Flug?

Es gab viele schwierige Momente während der Weltumrundung. Angefangen hat es bei meiner ersten Flug- etappe nach Wien, als die linke Bremse am Hauptfahrwerk nicht funktionierte. In Saudi-Arabien hatte ich mit Temperaturen über 50° Celsius zu kämpfen – die Gurtschnallen (Sicherheitsgurt) im Cockpit musste ich mit einem T-Shirt schliessen, da das Metall so heiss wurde! In Indien bekam ich falsche Wetterkarten und musste bei so extremen Wetterbedingungen und Turbulenzen fliegen, dass mir fast übel wurde. Hinzuzufügen ist zudem der sehr schlecht verständliche Flugfunk der indischen Controller! In Vietnam hatte ich während des Flugs einen

totalen Systemausfall. Die Druckkabine stieg auf der Flugetappe Taiwan–Japan aus und ich wurde gezwungen, einen «Emergency Descent» einzuleiten. In Russland hatten wir grosse Schwierigkeiten mit den Überflug- genehmigungen und zu guter Letzt gab es grössere Wartungsarbeiten in New York, wo wir aus Sicherheitsgründen die Turbine (Flugzeugmotor) ausbauen und begutachten mussten.

Gemeinhin wird mit dem Fliegen ein grosses Gefühl der Freiheit assoziiert. Teilen Sie diese Auffassung

aufgrund Ihrer Erfahrung auf der Weltumrundung?

Ja. Es gibt einige Limiten, welche man in der Fliegerei nicht überschreiten darf, dennoch hat man sehr grosse Freiheiten.

Ich habe das ganze Projekt mit dem RTW-Team (12 gleichaltrige Kollegen aus dem Freundeskreis) über sieben Jahren aufgebaut, vergleichbar wie ein Start-up-Unternehmen. Die Sponsoring-Verhandlungen, die Flugroute, die Events, der Tagesablauf und Aufgaben haben wir selbstständig erarbeitet. Wir haben unsere eigenen Pläne

und Regeln erstellt. Dank harter Arbeit hatten wir dadurch ebenfalls extrem grosse Freiheiten bei der Gestaltung vom ganzen Projekt.

Somit wusste ich z.B., dass ich sechs Wochen Zeit habe, durch ganz Amerika zu fliegen. Auf welchem Flugplatz ich lande, ob ich noch durch den Grand Canyon fliege, zu den Niagarafällen oder in der Nacht über Manhattan, konnte ich selber entscheiden.

Welche Erfahrungen, die Sie auf RTW gemacht haben, können Sie auch im Alltag verwenden?



Klein, aber robust und ausdauernd: die einmotorige Cessna 210, mit welcher Carlo Schmid Aviatikgeschichte schrieb.

Carlo Schmid berichtet gerne über seine Weltumrundung an Ihrer nächsten Parteiversammlung. Bei Interesse wenden Sie sich an Carina Schaller unter schaller@fdp.ch.



Für 80 Tage sein Zuhause – Carlo Schmid im Cockpit seiner Maschine.

Es ist nicht nur die Erfahrung während der Weltumrundung, welche ich gemacht habe. Es gehört das ganze Projekt dazu! Es gehört dazu, dass man während der 7-jährigen Vorbereitungsphase nach über 600 persönlichen Sponsoring-Schreiben und stetigen Absagen immer noch nicht aufgibt und weiterkämpft. Es gehört dazu, ein «Nein» als Chance zu sehen, sich zu verbessern. Das ganze Projekt sehe ich als Lebensschule. Es ist die Erfahrung des ganzen Projekts, welche meine Lebenseinstellung prägt und die ich heute im Alltag einsetzen kann.

Sie und Ihr Team haben eine beispielhafte Arbeit bezüglich des Aufbaus und der Durchführung eines Projekts geleistet. Was würden Sie jungen Leuten, die eine Idee haben, welche sie verwirklichen wollen, mit auf den Weg geben?

Ich würde die jungen Leute anregen, die Idee mit vollem Einsatz umzusetzen. Egal wie schwierig es anfänglich scheint, es gibt immer einen Weg zum Ziel. Vielleicht ist es nicht der schnellste und einfachste Weg, aber genau an diesen Herausforderungen wächst

man. Die meisten Menschen geben bei Hürden und Herausforderungen ihre Ziele oder Visionen auf. Die wenigsten Menschen scheitern! Mein persönliches Sprichwort lautet: «Vielleicht werde ich scheitern – aber ich werde nicht aufgeben!»

Haben Sie bereits neue Visionen und Projekte, die Sie verwirklichen möchten?

Ja. Ich arbeite an zwei grossen Projekten, welche jedoch noch nicht spruchreif sind und viele träumerische Visionen schweben mir vor (lacht). Momentan habe ich bei der Allianz Global Corporate & Speciality in Zürich Fuss gefasst und versichere sämtliche Kleinmotorflugzeuge in der Schweiz. In der Woche tätige ich drei bis vier Präsentationen für Firmen und Grossanlässe. Ab dem Sommer 2013 fängt meine Militärpilotenausbildung an, wobei noch einzelne Auswahlverfahren zu bestehen sind. Ende dieses Jahres werde ich ein Buch veröffentlichen.

Können Sie uns schildern, wie ein «normaler» Tag auf der Weltumrundung abgelaufen ist?

Von einem «normalen» Tag während der Weltumrundung kann man nicht sprechen. Es gab einen grundsätzlichen Tagesablauf, aber auch dieser änderte sich von Tag zu Tag. Am Morgen bin ich etwa um sechs Uhr aufgestanden und habe im Hotel während des Frühstücks die Flugvorbereitung erledigt. Anschliessend flog ich eine Flugepisode mit Ankunft am Zielflugplatz am frühen Nachmittag. Meistens habe ich anschliessend mein zusammenklappbares Fahrrad hervorgeholt und Events, Sehenswürdigkeiten, Projekte usw. besucht. Ich habe täglich extrem viele Kontakte knüpfen und Ideen austauschen können.

Was beinhaltet eine Weltumrundung im Flugzeug organisatorisch: Wie lief das Zusammenspiel mit Ihrer Crew am Boden, wie wählten Sie die Flughäfen aus, die Sie ansteuerten?

Das Grundgerüst für die Weltumrundung haben verschiedene Firmen und ich etwa sechs Monaten vor Takeoff festgehalten. Dazu gehört die Flugroute mit einigen Eckpunkten, welche zwingend eingehalten werden mussten.

Nachdem ich vom Dübendorf Flugplatz abgeflogen bin, war ich mehr oder weniger auf mich selbst gestellt. Ich hatte regelmässigen Kontakt zur Firma Premium Jet mit Sitz in Zürich, welche mich mit den Überfluggenehmigungen unterstützt hat. Der sporadische Skype-Kontakt mit dem RTW-Team und der Familie war ebenso vorhanden. Die Flughafenauswahl entstand anhand der grundsätzlichen Flugrichtung rund um die Welt, der UNICEF-Projekte und Sponsorevents, welche ich besuchte.

Wie lange waren Sie pro Tag jeweils in der Luft?

Etwa vier Stunden.

Welche Erlebnisse waren bei den Zwischenlandungen besonders eindrücklich?

Diese werde ich Ihnen bei Präsentationen verraten (lacht).

Sie verbrachten während der Weltumrundung viel Zeit allein und hatten, nebst der Konzentration auf das

Facts zur Flugroute

Dauer: 80 Tage

Flugdistanz: 40 800 km,
110 Flugstunden

Fliegen, sicher viel Zeit zum Nachdenken. Gingen Ihnen dabei eher praktische Dinge durch den Kopf oder denkt man auch über philosophische Fragen, über das Leben allgemein nach?

Es gab sehr viele philosophische Fragen, welche ich mir gestellt habe. Die Weltumrundung habe ich meiner vor zwei Jahren verstorbenen Mutter gewidmet. Sie wurde leider nur 45 Jahre jung. Dies ist übrigens einer der Gründe, weshalb das ganze Projekt auch unter der Stern-Charity in Zusammenarbeit mit UNICEF durchgeführt wurde. Dabei haben wir sehr erfolgreich Geld für das Kinderhilfsprojekt in Indien von UNICEF gesammelt und einen Song lanciert mit Platz Nummer 8 in der Schweizer Hitparade – Zäme um d'Welt!

Die Weltumrundung in 80 Tagen gab mir viel Zeit, mich selber zu finden. Ich konnte meine Persönlichkeit stärken und Klarheit schaffen.

Der 22-jährige Carlo Schmid verfolgte sein Ziel, den Alleinflug um die Welt, konsequent und gab dafür seinen Job auf der Bank auf. Mit seinem einmotorigen Kleinflugzeug flog er von Zürich aus über insgesamt 46 Stationen in 21 Länder.

In Kloten aufgewachsen, war Carlo schon als Kleinkind von der Fliegerei fasziniert. Mit 11 Jahren flog er das erste Mal im Segelflugzeug mit, als 15-Jähriger startete er seine Fliegerkarriere und erwarb in kurzer Zeit verschiedene Flugbrevets.

Nach dem Tod seiner Mutter 2010 entschied sich Carlo Schmid nach einem Timeout für die Weltumrundung. Die Verwirklichung dieses Traums bedingte auch ein intensives physisches und mentales Training sowie etliche Testflüge.

FDP steht hinter Milizarmee

Gripen – die Hürde der Ausgabenbremse war zu hoch

In der Frühjahrssession haben die Räte über zwei wichtige armeepolitische Vorlagen debattiert: Zum einen ist die Beschaffung von 22 neuen Gripen-Kampffjets im Ständerat vorläufig an der Ausgabenbremse gescheitert. Zum anderen hatte die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht keine Chance, was ganz im Sinne der FDP ist. *FDP.Die Liberalen* steht geschlossen hinter der Milizarmee und befürwortet grundsätzlich die Beschaffung neuer Kampffjets.

Hans Hess, Ständerat Obwalden, Präsident der ständerätlichen Sicherheitskommission

Überraschenderweise hat sich der Ständerat am 5. März nicht für den Gripen-Deal ausgesprochen. Im Grundsatz haben die Kantonsvertreter mit 22:20 Stimmen zwar für die Kampffjetbeschaffung votiert, doch das Geschäft scheiterte an der Hürde der Ausgabenbremse. Aufgrund einiger Abwesenheiten konnte die Ausgabenbremse nicht umgangen werden, da die qualifizierte Mehrheit um eine Stimme verfehlt wurde.

Wenn sich nun der Nationalrat in der Sommersession für den Gripen-Kauf entscheidet, kommt das Geschäft nochmals in die Kleine Kammer. Ansonsten ist der Deal zur Beschaffung neuer Kampfflieger gescheitert.

Vier Forderungen der FDP

Die Kampffjet-Beschaffung war von Beginn weg mit vielen Nebengeräuschen behaftet. Nicht nur über die Finanzierung wurde gestritten, auch das Auswahlverfahren für das neue Flugzeug erntete Kritik. Auch die FDP war mit dem Vorgehen des VBS bezüglich Evaluationsverfahren und Informationskonzept nicht zufrieden. Dies steht nicht im Widerspruch zur grundsätzlichen Unterstützung der FDP für den Kauf neuer Kampffjets, um die alte Tiger-Flotte zu ersetzen. Wir haben uns immer klar dafür ausgesprochen, dass die Schweiz eine gute und starke Luftwaffe braucht. Unter anderem auch, um die effektive Kontrolle und Sicherung des Luftraumes gewährleisten zu können.



«Wir wollen eine einsatzfähige, starke Armee, aber mit der richtigen Strategie», Hans Hess, Ständerat Obwalden.

Für die FDP war jedoch von Anfang an klar, dass die drohende Volksabstimmung über den Kauf des Gripen nur gewonnen werden kann, wenn alle Fragen geklärt sind. Aus diesem Grund haben wir unsere Unterstüt-

zung der Flugzeugbeschaffung an vier Forderungen geknüpft:

- › Sanktionsmöglichkeiten (Rücktrittsrecht, Konventionalstrafe) bei Nichterfüllen von Vertragsinhalten.
- › Rücktrittsrecht für den Fall, dass nur ein Teil der bestellten Gripen-E geliefert würde oder die Flugzeuge nicht über die im Vertrag festgehaltenen Qualitäten verfügen.
- › Regelmässige Berichterstattung an das Parlament über den Stand der Gripen-Beschaffung.
- › Vertraglich definierte Abwicklung der Beschaffung (was muss bis wann in welcher Qualität geliefert oder geleistet werden).

Gemäss den FDP-Ständeräten in der Sicherheitskommission werden diese Bedingungen in den provisorischen Verträgen erfüllt. Die Fraktion unterstützt folglich die Schaffung des Gripen-Fonds und den Kauf des Gri-

pen, sofern die vier Bedingungen auch in den definitiven Verträgen erfüllt bleiben.

Armeepolitik: Positionen der FDP

Eine einsatzfähige Armee, welche die Landesverteidigung gewährleisten und unser Land auch gegen Terrorismus und Cyberkrieg verteidigen kann, ist ein Grundanliegen der FDP. Wir setzen uns für eine bessere Kooperation der Armee mit Zivilschutz, Polizei- und Rettungskräften im Krisenfall und eine engere internationale Zusammenarbeit ein. Dies darf und muss uns auch etwas wert sein: Nach Meinung der FDP kann das Armeebudget bis zu 5 Milliarden betragen, sofern die Strategie stimmt und das VBS seine Hausaufgaben macht. Das Milizsystem und die allgemeine Wehrpflicht gilt es als wichtige militärische Pfeiler unseres Staats- und Bürgerverständnisses aufrechtzuerhalten.

Ganz im Sinne der *FDP.Die Liberalen* ist daher der Entscheid des Ständerats, die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» der GSoA abzulehnen. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt, und die Initiative kommt ohne Gegenvorschlag frühestens in der zweiten Hälfte 2013 vors Volk.

Das Bekenntnis zum Erhalt der Milizarmee ist für die FDP wesentlich, weil damit das Funktionieren der Landesverteidigung im Bedrohungs- und Krisenfall gewährleistet bleibt. Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für ein Leben in Freiheit und Wohlstand. Daher setzt sich die FDP für eine glaubwürdige und einsatzfähige Armee ein.



Das Milizsystem und die allgemeine Wehrpflicht gilt es als wichtige Pfeiler unseres Staats- und Bürgerverständnisses aufrechtzuerhalten.

Gesundheitspolitik

Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Die Diskussion um die Einheitskasse findet kein Ende. In der Behandlung der Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» bringt der Bundesrat nun einen Gegenvorschlag ins Spiel. Die FDP lehnt diesen plumpen Versuch der Einführung der Einheitskasse durch die Hintertüre klar ab. Vielmehr soll die Initiative rasch und ohne Gegenvorschlag dem Volk zur Ablehnung vorgeschlagen werden.

Ignazio Cassis, Nationalrat, Tessin und Mitglied der Kommission für Gesundheit und Soziales

Am 27. Februar 2013 entschied der Bundesrat, der Einheitskassen-Initiative der Linken einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Nebst der Initiative lehnt der Vorstand der *FDP.Die Liberalen* auch den indirekten Gegenvorschlag ab. Denn die vorgeschlagenen Massnahmen stellen für die FDP keine geeigneten Massnahmen dar.

Die dritte vorgeschlagene Massnahme, die Verfeinerung des Risikoausgleichs, wird von der FDP stark unterstützt. Doch diese Massnahme ist bereits als Geschäft im Parlament hängig und muss keinen langwierigen Umweg über einen Gegenvorschlag machen.

Gemeinsam für eine rasche Abstimmung

Zusammen mit Vertretern der SVP, CVP und BDP unterstützte die FDP in beiden Räten Vorstösse, welche das EDI beauftragen, die Initiative rasch und ohne Gegenvorschlag dem Volk zur Ablehnung vorzulegen. Obwohl die Mehrheitsverhältnisse offensichtlich sind, beharrt der Bundesrat auf einem teuren Vernehmlassungsverfahren. Dies ist zwar sein gutes Recht, bedeutet aber eine Missachtung des parlamentarischen Willens und eine Verschwendung von Ressourcen. Ich bedauere diesen unnötigen institutionellen Kampf: Er ist Ausdruck einer Politik, die sich vom typischen schweizerischen Pragmatismus leider verabschiedet.



Um die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen, ist eine Einheitskasse mit Sicherheit die falsche Medizin.

Klare Position der FDP

› Es braucht keinen Gegenvorschlag: Gegenvorschläge sollten nur gemacht werden, wenn sie wirklich nötig sind. Indirekte Gegenvorschläge sind zudem schwierig vorzustellen, weil sie im Abstimmungsbüchlein nicht enthalten sind (siehe Minder-Abstimmung). Wir sind überzeugt, dass die Einschränkung der Wahlfreiheit

auch dieses Mal vor dem Volk scheitern wird. Die Abschaffung des Wettbewerbs ist eine Scheinlösung für die Probleme im Gesundheitswesen. Das planwirtschaftliche Projekt einer Einheitskasse, welches de facto mehr als 11 Prozent des Bruttoinlandprodukts weiter verstaatlichen will, soll rasch zur Abstimmung gebracht und damit ein für alle Mal entschieden werden.

› Der Gegenvorschlag ist inhaltlich untauglich und überflüssig: Zwei der vorgeschlagenen drei Massnahmen lehnen wir ab. Die strikte Trennung von Grund- und Zusatzversicherungen verhindert Synergien, erhöht damit den Verwaltungsaufwand und die Prämien in beiden Bereichen. Die Verpflichtung für Krankenkassen zur Rückversicherung für teure Krankheitsfälle ist überflüssig, weil sich Kassen

bereits heute rückversichern können. Ein verfeinerter Risikoausgleich jedoch wird von uns seit Jahren gefordert: Wir haben den entsprechenden Antrag in die Managed-Care-Vorlage durchgebracht. Krankenversicherer erhalten somit Anreize, sich auf effiziente Versorgungsformen v. a. von chronischen Kranken zu spezialisieren.

› Wohin die Reise geht: Die Finanzierung des Gesundheitswesens soll nicht durch eine zunehmende Umverteilung gesichert werden. Vielmehr geht es darum, die Eigenverantwortung zu stärken und entsprechende Anreize zu einem richtig funktionierenden Wettbewerb unter allen Stakeholdern zu schaffen. Eine Politik, die allen je nach subjektivem Geschmack die ganze medizinische Palette zu sozial finanzierten Kosten versichert, ist nicht nachhaltig. Das KVG stellt heute gute geeignete Bedingungen dar: schliesslich sind 80 Prozent unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit unserem Gesundheitswesen zufrieden. Eine Revolution, wie sie die öffentliche Einheitskasse will, ist unnötig, wenn nicht schädlich.

Vorschläge der FDP

Die Einführung einer Einheitskasse ist der falsche Weg, um die Kosten im Gesundheitswesen besser in den Griff zu bekommen. Der Automatismus, wonach jeder Arzt, jede Ärztin automatisch zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung abrechnen kann (Vertragszwang), ist nicht mehr zeitgemäss und verunmöglicht, die sozialen Kosten in den Griff zu bekommen. Deshalb sind die progressive Einführung der Vertragsfreiheit zwischen Leistungserbringer und Krankenkassen, der verfeinerte Risikoausgleich und die Messbarkeit der medizinischen Qualität in unseren liberalen Augen der bessere Weg! Mit diesen Lösungen ist ein wirklicher Gesundheits- und Qualitätswettbewerb möglich, im wahren Sinne der Patienten und der Prämienzahler.

Wahlen in Italien

Dunkle Wolken südlich der Schweiz

Nach den Parlamentswahlen droht in Italien eine politische Blockade. Gian Luigi Bersanis Mitte-links-Koalition verfehlt die absolute Mehrheit, während die Populisten Grillo und Berlusconi zusammen fast die Hälfte der Stimmen gewinnen. Mario Monti erleidet eine klare Niederlage. Doch Italien wäre auf die Fortführung vom Reformweg dringend angewiesen.

Fulvio Pelli, Nationalrat, Tessin

Nach den Parlamentswahlen vom Februar herrscht in Italien Konsternation und Ratlosigkeit. Dem Land drohen infolge des Patts zwischen den drei grossen Blöcken – Bersanis Mitte-links-Koalition, Berlusconis Mitte-rechts-Koalition und Grillos Bürgerbewegung «Cinque Stelle» – Unregierbarkeit und Instabilität. Der Unwille der Parteileader zur gegenseitigen Zusammenarbeit erschwert die Regierungsbildung zusätzlich. Mario Monti wurde von den Wählern abgestraft und erhielt nur rund 10 Prozent der Stimmen. Dabei hatte Monti gegen teils heftigen Widerstand begonnen, Italiens Wirtschaftsordnung endlich auf Vordermann zu bringen.

Wahlresultate führen zu Blockade – wichtige Reformen gefährdet

Mit dem vorliegenden Wahlergebnis ist dieser Reformkurs akut gefährdet, wenn nicht sogar definitiv gescheitert. Die Mehrheit der Italienerinnen und Italiener hat den europafeindlichen

und populistischen Parteien die Stimme gegeben, allen voran Silvio Berlusconi und Beppe Grillo. Dies gibt zu denken, weil diese Politiker kaum Lösungen zur Überwindung der italienischen Krise bieten. Vielmehr hat der Komiker Grillo die Massen auf öffentlichen Plätzen mit seinen Schimpftiraden gegen die etablierten Parteien in seinen Bann gezogen. Und der unsterbliche und stets für seine ureigenen Interessen kämpfende Berlusconi wurde mangels Alternativen auf der rechten Seite gewählt.

Politisch hängt Italien nun in der Luft, weil der gemässigte Linkskandidat Pier Luigi Bersani über keine solide Mehrheit in beiden Parlamentskammern verfügt. Das Machttriplon führt zur Blockade. Dies wiegt umso schwerer, als dass Italien auf eine handlungsfähige Regierung, die sich der zahlreichen Probleme annimmt, angewiesen wäre. Die wirtschaftliche Misere unseres Nachbarlandes ruft uns in Erinnerung, wie wichtig eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik ist.



«Italien braucht eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik», betont Fulvio Pelli.

Erfolgsrezepte für eine gesunde Wirtschaft

In der Schweiz kennen wir das Erfolgsrezept für eine gesunde Wirtschaft, und *FDP.Die Liberalen* setzt sich für eine Fortführung des erfolgreichen Wegs ein. Zentral ist eine liberale Wirtschaftsordnung, die ein unternehmerfreundliches Klima schafft: Innovationen sollen gefördert und administrative Aufwände tiefgehalten werden. Ein flexibles Arbeitsrecht schafft Anreize für Unternehmen, Arbeitskräfte einzustellen. Ein gutes Bildungssystem bereitet die Jungen auf den Arbeitseinstieg vor und garantiert, dass Wissen als zentraler Rohstoff nachhaltig und bedarfsgerecht vorhanden ist.

Anders als in der Schweiz, genügt Italiens Bildungssystem nicht mehr den heutigen Ansprüchen. Die administrativen Hürden für Unternehmer sind in unserem Nachbarland klar zu hoch, die Arroganz der Bürokratie unerträglich und der Arbeitsmarkt überreguliert. Die Folgen sind bekannt: Italien leidet an Wachstumsschwäche und unter der hohen Arbeitslosigkeit. Gerade für die junge Generation sehen

die beruflichen Aussichten düster aus. Für viele bleibt als Ausweg nur die Auswanderung.

Nachhaltige Finanzpolitik zentral

Die riesige Schuldenlast Italiens stellt ein weiteres schwer wiegendes Problem dar. Nebst der Tatsache, dass dem Staat Mittel fehlen, um beispielsweise in bessere Bildung und Forschung zu investieren, hat Italien Mühe, sich an den Finanzmärkten zu refinanzieren und seine Schuldzinsen zu reduzieren. Dies zeigt, welche gravierenden Folgen eine ausufernde Budgetpolitik und staatliche Misswirtschaft haben.

Die Schweiz ist finanzpolitisch gut aufgestellt. Unter den FDP-Finanzministern Villiger und Merz wurde die Schuldenbremse eingeführt, notwendige Sparmassnahmen beschlossen und die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen aufgegleist. Zudem erreicht die Schweiz europaweit Spitzenwerte bezüglich tiefer Steuern, womit der Erhalt des Mittelstandes und von Arbeitsplätzen gewährleistet werden kann.

Wichtigkeit der Anliegen von FDP.Die Liberalen

Die FDP wird sich weiterhin für tiefe Steuern einsetzen, damit Bürger und Unternehmen profitieren und florieren können ohne von einer Abgabenlast erdrückt zu werden. Zum Beispiel geht es darum, die Mehrwertsteuer zu vereinfachen und die Unternehmenssteuern – gerade im Hinblick auf den Druck der EU bei den Steuersätzen für Holdings – insgesamt zu senken. Das Beispiel Italien stellt ein Mahnmal dar und zeigt die Wichtigkeit der Anliegen von *FDP.Die Liberalen*. Wir werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft für das Wohlergehen unseres Landes einsetzen – aus Liebe zur Schweiz.



Um die Zukunftsaussichten junger Italiener positiv zu gestalten, müssen sich alle an der Regierung beteiligten Parteien auf wichtige Reformen einigen und diese auch umsetzen.

1:12-Initiative

Neid ist ein schlechter Ratgeber

Der Schweiz stehen in diesem Jahr entscheidende Abstimmungen bevor. Abstimmungen, die über den Wirtschaftsstandort Schweiz, über unsere Wettbewerbsfähigkeit und über die Zukunft unserer Jugend entscheiden. Parteipräsident Philipp Müller nimmt im Interview mit dem Freisinn Stellung zur 1:12-Initiative, welche im Herbst zur Abstimmung gelangt.

Herr Müller, das Abstimmungsdatum ist noch nicht bekannt und trotzdem ist die 1:12-Initiative der Juso bereits in aller Munde. Was macht die FDP gegen dieses wirtschaftsfeindliche Bestreben?

Wir werden die Juso-Initiative bekämpfen und unsere Mitglieder mobilisieren, dieses wirtschaftsfeindliche Anliegen klar und deutlich abzulehnen. Wir sind überzeugt, dass unsere liberalen und vernünftigen Mitglieder und Sympathisanten wissen, wie gefährlich eine solche Regulierung des Arbeitsmarktes wäre. Trotzdem werden wir intern informieren und diskutieren.

Was macht die 1:12-Initiative aus Ihrer Sicht gefährlich?

Sie trifft die Arbeitnehmenden mit tiefen Löhnen gleich mehrfach: Erstens werden Unternehmen Stellen mit tieferen Löhnen – zum Beispiel in Kantinen oder im Reinigungsbereich – auslagern oder einfache Arbeiten werden durch Technologie ersetzt. Zweitens werden im unteren Lohnsegment Stellen verschwinden. Und drittens werden uns Steuereinnahmen für Bildung, Soziales und andere wichtige Staatsaufgaben wegbrechen.

Was wären die Konsequenzen eines Ja?

Die Initiative brächte einen brutalen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Schauen Sie sich mal die Schweiz im

«Freiheit bedeutet Eigenverantwortung und das wiederum verlangt Selbstbeschränkung und Bescheidenheit.»

internationalen Vergleich an. Wollen wir die Schweizer Wirtschaft wirklich so lange regulieren bis wir dort landen, wo sich viele europäische Staaten



«Die FDP kämpft gegen eine Europäisierung – damit die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin eine Spitzenposition behält», Parteipräsident Philipp Müller.

bereits heute befinden? Mit enorm hoher Arbeitslosigkeit, mit einer Jugendarbeitslosigkeit von teilweise über 50 Prozent?

Aber kann man nicht auch Verständnis für das Anliegen haben?

Die Lohnexzesse nerven mich auch – und dass die FDP dafür immer wieder den Kopf hinhalten soll. Viele dieser Chefs mögen nicht gerade sympa-

thisch sein. Aber auch sie zahlen Steuern und schaffen Stellen für Mitarbeitende und kleine Unternehmen. Lohngerechtigkeit lässt sich sicher nicht

herstellen, indem man flächendeckend sämtliche Unternehmen in der Schweiz mit solchen Regulierungen eindeckt.

Ist die Abstimmung im Herbst

nach dem Ja zur Abzocker-Initiative zu gewinnen?

Auf jeden Fall. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen sehr wohl, dass Neid und Missgunst schlechte Ratgeber sind. Sie wissen, dass Lohnexzesse nicht durch die massive Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit abgestellt werden können.

Was muss man anders wie bei der Minder-Abstimmung machen?

Es braucht auch das Engagement von Vertretern aus KMU und Arbeitnehmern. Eine wichtige Rolle werden die Grossunternehmen spielen. Haben sie

die Botschaft des Volks bei der Abzocker-Initiative verstanden und stoppen nun die Exzesse? Gefordert sind insbesondere jene Unternehmen, die bis anhin durch exzessive Entschädigungen aufgefallen sind.

Was müssen diese Unternehmen anders machen?

Sie müssen jetzt zeigen, dass sie den Grundsatz der liberalen Gesellschaft verstanden haben: Freiheit bedeutet Eigenverantwortung und das wiederum verlangt Selbstbeschränkung und

«Wollen wir die Schweizer Wirtschaft wirklich so lange regulieren bis wir dort landen, wo sich viele europäische Staaten bereits befinden?»

Bescheidenheit. Hier muss die Wirtschaftselite für Ordnung sorgen und Exzesse abstellen. Wer die Freiheit missbraucht, dem wird sie genommen.

Nach der 1:12-Initiative folgen bereits die nächsten SP-Projekte, nämlich die nationale Erbschaftsteuer und der Mindestlohn. Was wären die Auswirkung für die Schweiz, wenn die Linken gewinnen? Dann haben wir uns europäisiert: Es wird einige Jahre dauern und dann nehmen die Schulden zu, die Arbeitslosigkeit gerade bei Jugendlichen steigt und gleichzeitig stehen die Rentensysteme vor leeren Kassen. Bei diesen giftigen Rezepten der Linken kommt mir nur ein Satz in den Sinn: Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber!

Sessionsbericht – Frühjahrsession 2013

Erfolge der FDP beim Nein zu 1:12 und dem Ja zum Bürgerrechtsgesetz

Die Frühlingssession verlief in grossen Teilen zur Zufriedenheit der *FDP.Die Liberalen*: Die 1:12-Initiative der Juso wurde durch den Ständerat abgeschmettert, das von der FDP initiierte Bürgerrechtsgesetz war ein Erfolg.

Iris Grob, Fraktionssekretärin

Nebst zahlreichen Abstimmungen zu Sachgeschäften brachte die Frühlingssession auch eine Revolution mit sich: So stimmt die Kleine Kammer bald elektronisch ab. Spekulationen über Zählpannen waren immer wieder ein Thema, zuletzt im Zusammenhang mit der Freigabe des Geldes für den Kauf der Gripen-Kampfjets. Veröffentlicht werden im Ständerat aber nicht alle Abstimmungsergebnisse. Wann die Neuerung eingeführt wird, entscheidet das Ständeratsbüro, es ist aber mit einem baldigen Wechsel zu rechnen.

Wichtige Entscheide im Sinne der FDP

Das Parlament hat verschiedene Entscheide im Sinne der FDP getroffen:

- › **1:12-Initiative.** Wie zuvor der Nationalrat hat der Ständerat in dieser Session der 1:12-Initiative der Juso eine Absage erteilt. Diese würde den Werk- und Finanzplatz Schweiz massiv gefährden. Siehe Seite 17.
- › **Bürgerrechtsgesetz.** Mit der Revision wird den Integrationsbemühungen der FDP Rechnung getragen, welche Voraussetzung für die Erteilung des Bürgerrechts sind. Siehe Seite 20.
- › **Ladenöffnungszeiten.** Der Nationalrat hat einer Harmonisierung und Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten zugestimmt. Damit wird den heutigen Lebensgewohnheiten der Schweizerinnen und Schweizer endlich Rechnung getragen.

Die FDP kämpft weiter für liberale Werte

Leider fassten die beiden Räte auch Entscheide, welche nicht im Sinne der liberalen Politik der FDP sind.



Aufräumen ist angesagt: Die Parlamentarier haben das Bundeshaus verlassen. Zur Sondersession vom 15. bis 19. April werden sie sich wieder in Bern versammeln.

- › **Spezialärzte-Zulassungsstopp.** Der Entscheid des Nationalrats für eine Wiedereinführung des Zulassungsstopps für Spezialärzte ist ein grosser Fehler: Nach dessen Aufhebung im Jahr 2012 ist es ein unglücklicher Schritt zurück in die Vergangenheit.
- › **Gegenvorschlag zur Einheitskasse.** Zusammen mit den bürgerlichen Parteien BDP, CVP und SVP hat die FDP den Bundesrat aufgefordert, die Botschaft zur Einheitskassen-Initiative bis zum 23. Mai an das Parlament zu überweisen. Nun haben sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat vier Motionen mit diesem Inhalt befürwortet. Damit zeigt das Parlament dem Bundesrat die rote Karte mit dem Auftrag, den Willen des Parlaments zu respektieren und

die Einheitskasse rasch und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen.

Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Auch in dieser Session machten unsere Parlamentarier wieder mit verschiedenen Vorstössen auf sich aufmerksam. Hier eine Auswahl:

- › **Postulat: Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU auf die Schweiz.**

Der Bundesrat wird beauftragt, bis Ende 2013 eine Studie über die möglichen Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA auf die Schweiz auszuarbeiten. Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse schlägt der Bundesrat das

weitere Vorgehen für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Exporteuren gegenüber der europäischen Konkurrenz vor.

- › **Dringliche Interpellation: Energiestrategie 2050: Falsche Annahmen bei der Bewertung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen.**

Der Bundesrat stützt sich bei der Bewertung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Energiestrategie 2050 auf Studien, gemäss denen diese Auswirkungen vernachlässigbar seien. Der Bundesrat vertraut dabei ebenso auf einen raschen technischen Fortschritt wie auf eine international koordinierte Energiepolitik. Die seit Februar vorliegende Studie der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Ener-

giestrategie 2050 kommt jedoch zum Schluss, dass unter Berücksichtigung der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz die Folgen weit drastischer sind: Abnahme des Pro-Kopf-Einkommens, Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- › Ist der Bundesrat noch immer der Ansicht, dass die in der Energiestrategie 2050 gemachten Annahmen auf soliden Grundlagenstudien beruhen?
- › Teilt er die Auffassung, dass die internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen eine der Stärken der Schweiz sind und deshalb auch in den energiepolitischen Entscheidungen gebührend berücksichtigt werden müssen?

Nach der Minder-Initiative

Das Vertrauen zurückgewinnen

Politik und Wirtschaft erreichen mit rationalen Argumenten die Bevölkerung kaum noch. Wir müssen den Draht zu den Menschen wieder finden.

Liebe Freisinnig-Liberale

Es war eine Erdrutschniederlage. Anders lässt sich das Abstimmungsresultat zur Minder-Initiative nicht bezeichnen. Ein solches Ereignis kann man nicht einfach als Betriebsunfall oder als Folge von Kommunikationspannen kleinreden. Eine Abstimmung, in der man nur knapp 30 Prozent der Stimmen erhält, ist Ausdruck eines tieferen Misstrauens – das schon seit einigen Jahren gärt in unserem Land.

Die Deutlichkeit des Entscheids muss Anlass sein, nicht allzu rasch zum Courant normal zurückzukehren, sondern uns einige selbstkritische Fragen zu stellen: die Frage etwa, wie es so weit kommen konnte. Die Frage, wie ein Land, dem es ausgezeichnet geht, derart emotional Dampf ablassen konnte. Die Frage, wie es möglich ist, dass das Vertrauen des Volkes zu seinen wirtschaftlichen und politischen Führungspersonlichkeiten so beeinträchtigt ist.

So beschränkt sich die Empörung ja längst nicht mehr nur auf enorme Saläre in einigen international tätigen Schweizer Unternehmen. Abstimmungen der letzten Jahre wie die Minarett-, die Verwahrungs- oder die Zweitwohnungs-Initiative waren bereits Ausdruck von Misstrauen – alle diese Abstimmungen sind auch als «Denkzettel» zu verstehen, als «Zeichen», welche eine Mehrheit des Stimmvolkes setzen wollte. Und in allen Abstimmungen ist es den Verantwortungsträgern in Politik und Wirtschaft nicht gelungen, die Bevölkerung mit sachlichen Argumenten zu überzeugen.

Diese Entwicklung bereitet mir Sorgen. Unser Land ist nicht perfekt. Aber wir sind uns wohl oft zu wenig bewusst: Unser Land ist ein einzigartiger Erfolgsfall! Wohlstand und Sicherheit, Arbeitsplätze und Perspektiven: Wir sind in einer ausserordentlich

guten Verfassung und haben eine hervorragende Ausgangslage für die Zukunft. Das ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Und Selbstverständlichkeiten haben etwas Gefährliches. Rationale Argumente dringen nicht mehr durch, Emotionen gewinnen die Oberhand.

Wir stehen vor wichtigen Weichenstellungen. Mit den beiden Initiativen 1:12 und Mindestlohn ebenso wie mit den Abstimmungsvorlagen zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien und der Masseneinwanderungs-Initiative wird das Volk folgenschwere Entscheide treffen.

Ein einfaches Rezept, um eine Mehrheit der Bevölkerung von unseren Positionen zu überzeugen, gibt es nicht. Damit das überhaupt möglich wird, müssen wir zuerst das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen können. Wir – das sind Politiker ebenso wie Wirtschaftsführer, Meinungsmacher in den Medien ebenso wie Professoren – müssen den Draht zu den Menschen in unserem Land wieder finden. Ich bin überzeugt, das uns das gelingen kann.

Folgen wir dafür unserem liberalfreisinnigen Kompass – der für mich auf den Punkt gebracht in diesen Fra-

gen heisst: bewährte liberale Rahmenbedingungen für einen starken Standort und sichere Arbeitsplätze – Mässigung und sozialer Ausgleich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Überzeugen wir die Schweizerinnen und Schweizer von unseren Werten. Dafür brauchen wir aber nicht nur gute Argumente. Sondern vor allem auch Herz, Mut und eine gradlinige, glaubwürdige Politik – aus Liebe zur Schweiz.

Ihr Bundesrat
Johann Schneider-Ammann



«Wir müssen den Draht zu den Menschen in unserem Land wieder finden»: Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Revision des Bürgerrechtsgesetzes

Effektive und nachweisbare Integration soll über Einbürgerung entscheiden

Die Revision des Bürgerrechtsgesetzes wurde von der FDP gefordert und wird klar unterstützt. Mit der Revision wird den Integrationsbemühungen Rechnung getragen, die für die FDP Voraussetzung für die Erteilung des Bürgerrechts sind. Das Erfordernis einer effektiven und nachweislichen Integration folgt der Forderung nach einer harten, aber fairen Ausländerpolitik.

Kurt Fluri, Nationalrat, Solothurn

Das geltende Bürgerrechtsgesetz aus dem Jahr 1952 ist durch zahlreiche Teilrevisionen unübersichtlich und zum Teil auch unverständlich geworden. Daher hat der Bundesrat die Botschaft zur Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes verabschiedet. Zentrale Bereiche sind die Integration von Ausländerinnen und Ausländern und die Kenntnis einer Landessprache. Die kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen sollen harmonisiert und der administrative Gesamtaufwand reduziert werden.

Dringend nötige Harmonisierung

Die Verfahren für eine Einbürgerung sind derzeit in den Kantonen sehr unterschiedlich gestaltet. Wenn eine ausländische Person heute den Wohnkanton wechselt, kann das zur Folge haben, dass sie, obwohl sie seit vielen Jahren ihren Wohnsitz in der Schweiz hat, allein wegen des Umzugs wieder Jahre warten muss, bis sie das Einbürgerungsgesuch stellen kann. Dieser Status quo ist unhaltbar.

Manche Kantone und Gemeinden setzen sehr hohe Massstäbe an, andere winken fast alle Einbürgerungswilligen durch. Das neue Bürgerrechtsgesetz sieht eine Harmonisierung zwischen Kantonen und Gemeinden vor. Die im Gesetzesentwurf festgelegten Integrationsvoraussetzungen und Verfahrensabläufe führen zu einem fairen Verfahren für alle.

Verschärfte Integrationsvoraussetzungen erlauben eine kleine Kürzung der erforderlichen Mindestaufenthaltsdauer

Eingebürgert werden soll, wer sich

integriert hat. Dazu gehören Kenntnisse des schweizerischen Lebensstils sowie von mindestens einer Landessprache und eine nachweislich erfolgreiche Integration in unsere Gesell-

schaft. Zudem soll ein Antragssteller entweder arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren. Respekt für die öffentliche Ordnung und schweizerische Werte sind ebenfalls unerlässlich. Nur

wer diese Anforderungen erfüllt, soll eingebürgert werden können.

Dieser Kriterienkatalog schafft Klarheit. Weitere von der FDP unterstützte und geforderte Verschärfungen beinhalten die Abschaffung der doppelten Anrechnung der vom 10. bis 20. Altersjahr in der Schweiz verbrachten Zeit sowie die Nichtanrechnung der Zeit als vorläufig Aufgenommener bei der Wohnsitzdauer. Dies war notwendig, da die vorläufige Aufnahme ein provisorischer Status ist mit dem Ziel, den definitiv abgewiesenen Asylbewerber in sein Herkunftsland zurückzuschaffen, sobald dies möglich und zumutbar ist. Unter Berücksichtigung dieser verschärften Integrationsvoraussetzung stimmte die FDP einer Verkürzung der erforderlichen Mindestaufenthaltsdauer von 12 auf 10 Jahre zu.

Klare Forderungen der FDP

Die FDP. Die Liberalen setzt sich seit Jahren für eine erfolgreiche Integration von Ausländern ein. In der vorberatenden staatspolitischen Kommission hat die FDP früh einen eigenen Kurs festgelegt und diesen geeint durchgezogen. Dabei hat sie sich klar von der SVP distanziert. Namentlich wurden SVP-Anträge wie die Einführung eines Passes auf Probe oder eines Katalogs von Straftatbeständen, die zwingend zur Wiederausbürgerung führen, klar abgelehnt. Solche Vorschläge gehen schlicht zu weit und sind kaum umsetzbar.

Integration verstehen wir als Kernaufgabe des Staates nach dem Grundsatz «Fordern und Fördern». In diesem Sinne wird sich die FDP auch in Zukunft für eine harte, aber faire Ausländerpolitik einsetzen.



«Fordern und Fördern»: Wer sich in der Schweiz einbürgern lassen will, muss klare Integrationsanforderungen erfüllen.

Dringliche Änderungen des Asylgesetzes

Notwendige Massnahmen für eine effiziente Asylpolitik

In der Schweiz herrscht Asylchaos, die Anzahl der Gesuche explodiert. Das Hauptproblem unserer Asylpolitik liegt in den langen Verfahren, im Durchschnitt erhält ein Asylsuchender den Entscheid erst nach 336 Tagen! Um die drängendsten Herausforderungen anzupacken, hat die Bundesversammlung am 28. September 2012 dringliche Änderungen des Asylgesetzes beschlossen. Weil linke Kreise dagegen das Referendum ergriffen, stimmen wir am 9. Juni darüber ab, ob wir eine harte, aber faire Asylpolitik wollen.

Doris Fiala, Nationalrätin, Zürich

Dass Migration, Zuwanderung und die Asylpolitik drängende Themen sind, bestätigt seit einiger Zeit jede Umfrage unter der Schweizer Bevölkerung. Die Schweizer Asylpolitik stösst an ihre Grenzen und offenbart in letzter Zeit immer mehr Mängel. So kann beispielsweise ein abgewiesener Asylbewerber unter Ausschöpfung aller Verfahrensmöglichkeiten durchschnittlich fast vier Jahre in der Schweiz bleiben. Je länger die Verfahren dauern, umso grösser ist die Zahl untergetauchter Asylbewerber. Vor solchen Problemen können die Augen nicht länger verschlossen werden.

Dringliche Änderungen sind nötig

Vor diesem Hintergrund stimmte das Parlament Ende September 2012 den dringlichen Änderungen des Asylgesetzes zu. Diese sind seither in Kraft. Entgegen dem Entscheid der SP

Schweiz und verschiedenen Flüchtlingsorganisationen ergriffen einige Kantonalparteien der SP und kleinere linke Gruppierungen das Referendum. Dies zeigt, dass selbst die Linke sich bewusst ist, dass wir in der Schweizer Asylpolitik Massnahmen ergreifen müssen, damit unsere humanitäre Tradition nicht ausgenutzt wird. Die Änderungen im Asylgesetz dienen zum Schutz von wirklichen Hilfs- und Schutzbedürftigen und sorgen gleichzeitig dafür, dass Missbräuche aufgedeckt werden. Eine nötige Massnahme, um das aktuell negativ konnotierte Bild von Flüchtlingen und Migranten zu revidieren.



Keine Abschottung, sondern eine harte, aber faire Asylpolitik: Die dringliche Revision des Asylgesetzes schafft klare Regeln.

Hart, aber fair – eine klare Forderung der FDP

Die getroffenen Änderungen sind nötig und hart, sie sind aber auch fair und entsprechen so der Einwanderungspolitik der FDP. Wir nehmen unsere humanitäre Aufgabe und Verpflichtung sehr ernst. Aber wir wollen verhindern, dass diese humanitäre Gastfreundschaft missbraucht wird. Dazu brauchen wir klare und griffige Regeln. Es muss sichergestellt werden, dass, wer bleiben kann, rasch in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert wird und seine Chance erhält. Gleichzeitig soll, wer die Schweiz verlassen muss, dies auch rasch tun.

Die wichtigsten Änderungen in Kürze:

› **Personen, die einzig wegen Wehrdienstverweigerung oder Desertion ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind, werden nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt und erhalten kein Asyl.** Vorbehalten bleibt die Flüchtlingskonvention. Erweist sich nach Ablehnung des Asylgesuchs die Wegweisung als unzulässig, weil z.B. im Herkunftsland eine unmenschliche Behandlung droht, wird eine vorläufige Aufnahme angeordnet.

› **Die Möglichkeit, ein Asylgesuch auf der Schweizer Botschaft im Herkunftsstaat der Betroffenen einzureichen, wird aufgehoben.** Heute ist die Schweiz das einzige Land in Europa, das Ausland-

gesuche zulässt. Dadurch werden bei den Schweizer Vertretungen und beim Bundesamt für Migration grosse Personal- und Finanzressourcen gebunden. Personen, die in ihrem Herkunftsland an Leib und Leben bedroht sind, können nach wie vor ein humanitäres Visum beantragen.

› **Asylsuchende, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder durch ihr Verhalten den Betrieb der Empfangs- und Verfahrenszentren erheblich stören, können in besonderen Zentren untergebracht werden.** In solchen Zentren besteht die Möglichkeit, den Bewegungsspielraum einzuschränken und auch bei den Leistungen Einschränkungen vorzunehmen.

› **Der Bundesrat kann Testphasen von maximal zwei Jahren für neue Verfahrensabläufe vorsehen.**

› **Asylsuchende in Bundeszentren können an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Der Bund entrichtet Beiträge an solche Beschäftigungsprogramme.**

› **Die Standortkantone von Bundeszentren erhalten eine Pauschale für die Sicherheitskosten.**

› **Die Beschwerdefrist bei Nichteintretensentscheiden wird auf fünf Arbeitstage verkürzt. Der Entscheid über solche Beschwerden liegt beim Bundesverwaltungsgericht, das i. d. R. innerhalb von fünf Arbeitstagen entscheidet.**

Initiative zur Volkswahl des Bundesrates

Keine Wahlkämpfe à l'américaine

Am 9. Juni stimmt das Schweizer Volk über die SVP-Initiative «Volkswahl des Bundesrates» ab. Die Forderung nach mehr Demokratie scheint auf den ersten Blick verlockend. In Wirklichkeit sind die Konsequenzen ausschliesslich negativ: Die Volksinitiative schwächt die Stabilität unseres politischen Systems und führt zum Dauerwahlkampf der Bundesräte. *FDP.Die Liberalen* will auch in Zukunft Bundesräte, welche zum Gesamtwohl unseres Landes und nicht im Eigeninteresse handeln – aus Liebe zur Schweiz.

Gabi Huber, Nationalrätin Uri

In einem urdemokratischen Land wie der Schweiz stellt sich die Frage der Regierungswahl von Zeit zu Zeit. Schliesslich werden die Kantonsregierungen auch vom Volk gewählt. Auf den ersten Blick erscheint es logisch, daraus die Forderung nach einer Volkswahl des Bundesrates abzuleiten. Auf den zweiten Blick wird schnell klar: Die Initiative weist grosse Schwächen auf und vermag die Qualität des bewährten Systems nicht zu erreichen.

Schwächung der Stabilität

Eine der grossen Stärken der Schweiz ist die Stabilität des politischen Sys-

tems. Regierungswechsel sind die Ausnahme, die Landesregierung wird der Konkordanz entsprechend gewählt. Damit werden Stabilität und das Machtgleichgewicht zwischen Parlament, Regierung und Volk sichergestellt. Denn neben der Wahl des Parlaments haben Schweizerinnen und Schweizer mittels Volksabstimmungen, Initiative und Referendum zahlreiche Kontrollmöglichkeiten.

Wählt das Parlament den Bundesrat, spielen Volk und Parlament ihre Rolle im Rahmen der Garantie des Gleichgewichts. Eine Volkswahl des Bundesrates ändert dieses Kräftegleichgewicht und schwächt die politische Stabilität, ein wichtiger Standortfaktor unseres Landes.

Dauerwahlkampf und Grossaufwand

Wählt das Volk den Bundesrat, müssen die Kandidierenden allen Schweizerinnen und Schweizern bekannt sein. Dies führt zu einem massivem Wahlkampf im ganzen Land, über vier Sprachregionen und verschiedene Kulturen hinaus. Ausmass und Aufwand – inklusive finanziellem Aufwand – sind mit der Volkswahl der Regierung auf kantonaler Ebene, auch in grossen Kantonen, nicht vergleichbar.

Amtierende Bundesräte wären gezwungen, sich schon kurz nach der Wahl um ihre Wiederwahl zu kümmern. Die kollegiale Zusammenarbeit würde Eigeninteressen zum Opfer fallen. Wir hätten Bundesräte, die gegeneinander, statt miteinander arbeiten. Wir hätten Bundesräte, die einen Grossteil ihrer Zeit darauf verwenden, Wahlkampf in eigener Sache zu betreiben. Wir hätten eine Regierung, die gleich mit ihrer Wahl gelähmt wäre.

Schwachpunkt Quote

Ein zusätzlicher Schwachpunkt der Initiative ist die undurchdachte Quotenvorschrift. Zwei garantierte Sitze für die Romandie und das Tessin tönen sympathisch. Aber: Das Tessin wird mit der neuen Vorschrift zur Wasserträgerin der Romandie. Auch hätten die Tessiner in Anbetracht der der Bevölkerungszahlen wohl kaum eine realistische Chance auf einen Bundes-



«Eine Volkswahl des Bundesrates schwächt die politische Stabilität, ein wichtiger Standortfaktor unseres Landes», Gabi Huber, Fraktionspräsidentin.

ratssitz. Und die Rätoromanen als vierte Sprachgruppe sind in der Quotenvorschrift der Initianten offensichtlich auch vergessen gegangen.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage: Wollen wir, dass im Falle einer Wahl von sieben Deutschschweizern zwei vom Volk gewählte Personen auf ihren Sitz verzichten müssen, damit die Quote erfüllt wird? Ist das Respektierung des Volkswillens?

1942 wurde das letzte Mal über eine Volkswahl abgestimmt. Damals wurde das Anliegen von der extremen Linken lanciert. Heute ist es die SVP, welche unter dem Vorwand der Verbesserung der Volksrechte ihre Blessuren pflegt. Die Schweizer Konkordanzdemokratie mit Initiative und Referendum ist ein weltweit einzigartiges Regierungssystem, ausgeklügelt und präzise wie eine Schweizer Uhr. Wird an einem Rad manipuliert, ändert man das System. Deshalb gibt es nur eine Antwort auf die Volksinitiative: Nein.



Bundesräte sollen keinen glitzernden Wahlkampf betreiben müssen, sondern unser Land zum Wohle aller regieren.

Medienpräsenz

Forderung zur Abschaffung der Neulenkercurse sorgt für Schlagzeilen

Das vergangene Jahr war für die Jungfreisinnigen ein Gutes. Sie sorgen für schweizweite Schlagzeilen, sind auch in Lokalzeitungen stark vertreten und immer wieder im Gespräch, kurzum: Die Medienpräsenz der Jungfreisinnigen Schweiz war noch nie so hoch wie im vergangenen Jahr. Besonders ein Thema kam im Zusammenhang mit den Jungfreisinnigen immer wieder zur Sprache und machte sie in der Medienlandschaft weiter bekannt: die Forderung nach der Abschaffung der Neulenkercurse bei der Fahrerausbildung.

Leonie Grob, Geschäftsführerin Jungfreisinnige

Mit diversen Medienmitteilungen setzten sich die Jungfreisinnigen im letzten Jahr für die Abschaffung der Neulenkercurse sowie der Vereinfachung der Führerprüfung ein. «Das Astra gibt den Jungfreisinnigen Recht: Obligatorische Neulenkercurse müssen abgeschafft werden», «Jungfreisinnige begrüssen die Anpassung der Alterslimite beim Autofahren» oder «Einmal mehr bewiesen: Die Neulenker-Wiederholungskurse sind nutzlos!» sind nur einige Beispiele für eine erfolgreiche Präsenz in den Medien.



Die Jungfreisinnigen wehren sich entschieden dagegen, dass Autofahren lernen noch teurer und komplizierter wird.

Studie unterstützt Forderung der Jungfreisinnigen

Im Dezember 2005 wurde in der Schweiz die Zweiphasenausbildung zur Fahrprüfung eingeführt. Der Führerschein auf Probe und die obligatorischen WAB-Kurse verlängerten die Fahrausbildung um drei Jahre und hatten zum Ziel, zusätzliche Sicherheit im Strassenverkehr zu gewährleisten. Acht Jahre später zieht das Astra mit einer neuen Studie eine ernüchternde Bilanz: «Die zentralen Elemente der beiden WAB-Kurse scheinen keinen Einfluss auf den für die Zukunft beabsichtigten Fahrstil zu haben» (S.94).

Die kürzlich publizierte Studie gibt den Jungfreisinnigen Recht: Die Sicherheit ist durch eine allfällige Abschaffung der Kurse keinesfalls gefährdet, dafür aber eine Reduktion der Kosten für Fahrschüler und eine Verringerung unnötiger Bürokratie gewährleistet.

Keine Finanzierung zu Lasten der Fahrschüler

Dies ist ganz entgegen den Interessen des Fahrlehrerverbandes Schweiz, der sich dank den zusätzlichen Kosten für die Kurse über eine enorme Summe Geld freuen kann. Können die Jung-

freisinnigen ihre Forderungen durchsetzen, droht die Abschaffung der WAB-Kurse ein Loch in die Erfolgsrechnung des Vereins zu reissen. Doch der Verband sorgt mit neuen Forderungen und mit seiner Suche nach einer neuen Finanzierungsquelle be-

reits für weiteres Kopfschütteln bei den Jungfreisinnigen.

Neu sollen nun auch die Eltern der Fahrschüler obligatorisch am Unterricht teilnehmen und ihre bereits erwachsenen Kinder zum Fahrunterricht begleiten. «Die Finanzierung des Fahrlehrerverbandes sollte nicht zu Lasten der meist jungen Fahrschüler geschehen, besonders wenn eine zusätzliche Sicherheit wie bei den WAB-Kursen nicht nachgewiesen werden kann», kommentiert Maurus Zeier, Co-Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz.

Kongress Jungfreisinnige Schweiz

Die Jungfreisinnigen Schweiz freuen sich, Sie vom 19. bis 21. April in St. Gallen zu ihrem jährlichen Kongress einzuladen. Diesjährige Themen sind Positionspapiere zur freien Wirtschaft und zu den Sozialwerken, Parolenfassungen zur Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» sowie zur Änderung des Asylgesetzes als auch eine mit Spannung erwartete Rede von alt Bundesrat Hans-Rudolf

Merz. Nebst unseren aufstrebenden Jungpolitikern, Gastrednern Hans-Rudolf Merz, Martin Klötli, Marc Mächler, Andrea Caroni und Korpskommandant André Blattmann werden viele weitere interessante Persönlichkeiten erwartet.

Anmeldung unter:
www.jfsg.ch/kongress

Medienpräsenz ausbauen

Die Jungfreisinnigen sind hoch erfreut über die positive Entwicklung zur Medienpräsenz und wollen diese in Zukunft unbedingt weiter ausbauen. Im besten Falle mit einem baldigen Bericht über eine erfolgreiche Abschaffung der WAB-Kurse.

FDP

Die Liberalen

**Einwanderung:
hart, aber fair.**

**Aus Liebe
zur Schweiz.**

www.fdp.ch
